

6

Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

**Auszug aus dem
Datenreport 2016**

7,4 Bill. €

war das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland 2012. Davon lagen 5,1 Billionen Euro beim Grund- und Immobilienbesitz.

4 086 €

betrug 2013 das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland.

83 000 €

betrug 2012 das durchschnittliche Nettovermögen einer erwachsenen Person.



35 %

ihres Konsumbudgets gaben die privaten Haushalte 2013 im Durchschnitt für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie aus.

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Über- schuldung

Sylvia Behrends, Walter Joachimiak,
Kristina Kott, Jenny Neuhäuser

Destatis

Wie unterscheiden sich die Lebensbedingungen in Deutschland? Auskunft hierzu geben die Einnahmen, Ausgaben und die Ausstattung privater Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen. Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen privater Haushalte und aus welchen Quellen stammen sie? Wofür wird das Geld verwendet? In welcher Höhe sind private Haushalte mit Abgaben an den Staat belastet? Das Kapitel zeigt auch inwieweit sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen verschiedener Haushaltgruppen unterscheiden und welche traditionellen und neuen technischen Gebrauchsgüter die Haushalte besitzen.

Die Datenbasis für die Angaben in Abschnitt 6.1.1 bis 6.1.4 zu Einnahmen und Ausgaben bilden die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Daten über die Ausstattung stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. ▶ [Info 1](#)

Infoboxen geben Einblick in die Preisentwicklung in Deutschland sowie die Internetaktivitäten der Menschen, die hier leben.

Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die private Überschuldung. Hier liefert die amtliche Statistik Informationen zur Situation privater Schuldner, die ein Insolvenzverfahren oder die Hilfestellung einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die Daten in Abschnitt

6.1.6 beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte und den Angaben der Schuldnerberatungsstellen.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

Ein erster Indikator für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. ▶ [Info 2](#)

Struktur und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2013 auf 4086 Euro. Wichtigste Einnahmequelle mit einem Anteil von 63 % waren die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2580 Euro im Monat stammten aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Rund 22 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 893 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte aus öffentlichen Transferzahlungen wie beispielsweise Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II sowie Sozialhilfe. Aus Vermögenseinnahmen stammten 10 % (415 Euro) des Bruttoeinkommens. Den geringsten Anteil hatten mit durchschnittlich 5 % die Einkommen aus nicht

► Info 1

Was sind private Haushalte?

Als Privathaushalt gelten Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren beziehungsweise die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, zum Beispiel Berufspendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt beziehungsweise mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende oder Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieter, Gäste und Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben, die Vermögensbildung, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern und die Wohnsituation für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen.

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Bei dieser freiwilligen amtlichen Haushaltserhebung werden rund 8 000 private Haushalte jährlich unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Haushalte aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten nehmen an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) teil. Ausgenommen sind Haushalte von Selbstständigen und Landwirten beziehungsweise Landwirtinnen sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr.

► Info 2

Haushaltsbruttoeinkommen

Alle Einnahmen der Haushalte aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), aus Vermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine sogenannte unterstellte Eigentüermiete. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentüermiete abgezogen. Dies kann in Einzelfällen bei entsprechend hohen Instandhaltungsaufwendungen zur Nachweisung negativer Eigentüermietwerte beziehungsweise Vermögenseinnahmen führen.

Haushaltsnettoeinkommen

Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sind die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung und seit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur sozialen und privaten Pflegeversicherung.

öffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (198 Euro). ► Abb 1

Höhe und Zusammensetzung des Bruttoeinkommens sind in Ost und West unterschiedlich: Die Haushalte im Westen verfügten 2013 über ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 4 321 Euro, den Haushalten im Osten standen mit 3 215 Euro knapp drei Viertel (74 %) des Westniveaus zur Verfügung. Der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen am gesamten Bruttoeinkommen war in den neuen Ländern und Berlin mit 27 % (873 Euro) um 6 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet (21 %; 898 Euro). Dagegen waren im Osten die Einnahmen aus Vermögen (7 %; 235 Euro) niedriger als im Westen (11 %; 464 Euro). ► Tab 1

Bruttoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe der durchschnittlichen Bruttoeinkommen privater Haushalte unterscheidet sich je nach Haushaltstyp. Die höchsten Bruttoeinkommen fanden sich 2013 in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) unter 18 Jahren (6 163 Euro) und Paaren ohne Kind (4 712 Euro). Alleinerziehende hatten monatlich ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 2 631 Euro. Alleinlebende verfügten mit durchschnittlich 2 403 Euro über das niedrigste Bruttoeinkommen.

6.1.2 Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu, da sie noch abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten. Diese Abgaben werden zur Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens vom Bruttoeinkommen abgezogen. Hinzu addiert werden die Zuschüsse der Arbeitgeber und der Rentenversicherungsträger (siehe Info 2).

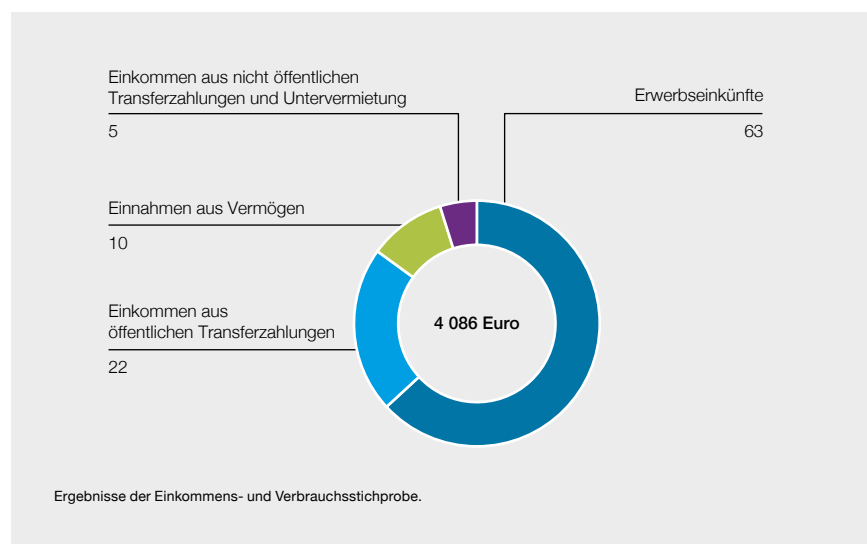
Steuern und Sozialabgaben

Die Steuern und Abgaben der Privathaushalte betragen 2013 monatlich im Durch-

schnitt 984 Euro. Durchschnittlich 458 Euro davon entfielen auf die Einkommen-, Lohn- und Kirchensteuer sowie den Solidaritätszuschlag. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, wie zum Beispiel Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung sowie Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich 526 Euro je Haushalt und Monat aus. Insgesamt wurden den Haushalten für Steuern und Sozialabgaben durchschnittlich 24 % ihres Bruttoeinkommens abgezogen. ▶ [Tab 2](#)

Im früheren Bundesgebiet waren die Steuerabzüge und Sozialabgaben mit durchschnittlich 24 % (1 057 Euro) höher als in den neuen Ländern und Berlin mit 22 % (708 Euro). Ursache dafür ist vor allem die stärkere Belastung der höheren

▶ **Abb 1 Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2013 – in Prozent**



▶ **Tab 1 Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2013**

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Haushaltsbruttoeinkommen	4 086	100	4 321	100	3 215	100
Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	2 580	63,1	2 742	63,5	1 981	61,6
↳ unselbstständige Arbeit	2 316	56,7	2 451	56,7	1 817	56,5
↳ selbstständige Arbeit	264	6,5	291	6,7	164	5,1
Einnahmen aus Vermögen	415	10,2	464	10,7	235	7,3
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	893	21,9	898	20,8	873	27,2
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Untervermietung	198	4,8	218	5,0	126	3,9

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

▶ **Tab 2 Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2013 – je Haushalt und Monat in Euro**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Haushaltsbruttoeinkommen	4 086	4 321	3 215
abzüglich:			
Steuern und Sozialabgaben	984	1 057	708
Einkommen-/Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	458	504	284
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	526	553	424
zuzüglich:			
Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger	29	34	13
Haushaltsnettoeinkommen	3 132	3 297	2 521
zuzüglich:			
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	48	50	37
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 180	3 347	2 558

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Einkommen im Westen aufgrund der Steuerprogression: Der Anteil von Einkommen-, Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag am Haushaltsbruttoeinkommen lag im Westen bei 12 % (504 Euro), im Osten bei 9 % (284 Euro).

Ein Vergleich der Haushaltstypen untereinander verdeutlicht, dass Paarhaushalte mit Kind(ern) die höchste Steuer- und Abgabenlast zu tragen hatten: Sie zahlten 2013 monatlich durchschnittlich 1 603 Euro beziehungsweise einen Anteil von 26 % ihres Bruttoein-

kommens. Aufgrund der höheren Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Haushaltstypen waren auch ihre Steuerabzüge mit 782 Euro wert- und anteilmäßig (13 % vom Bruttoeinkommen) am höchsten. Bei Paaren ohne Kind betrug der Anteil der Steuern und Abgaben 23 % (1 090 Euro) wie auch bei den Alleinlebenden (561 Euro). Die niedrigsten Steuern und Abgaben hatten Haushalte von Alleinerziehenden mit durchschnittlich 17 % beziehungsweise 452 Euro zu leisten. ▶ Abb 2

Zum Bruttoeinkommen hinzugezählt werden schließlich die Zuschüsse der Arbeitgeber und der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung (siehe Info 2). Diese betragen 2013 durchschnittlich 29 Euro monatlich.

Haushaltsnettoeinkommen und Verteilung

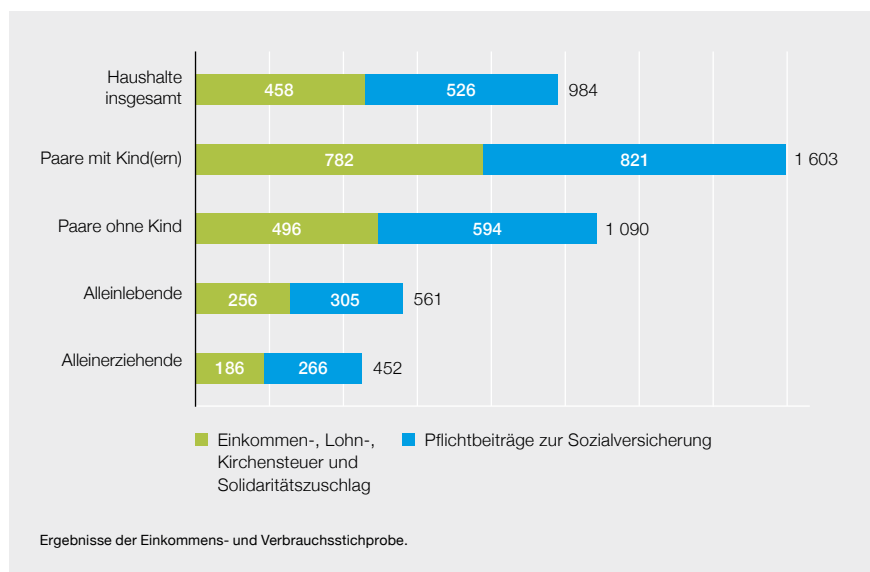
Durchschnittlich verfügten die Haushalte 2013 über ein Nettoeinkommen von 3 132 Euro im Monat (siehe Tabelle 2). Unter 1 300 Euro monatlich als Nettoeinkommen hatten 18 % der Haushalte. Rund 33 % aller Haushalte hatten 1 300 bis unter 2 600 Euro im Monat zur Verfügung. Über ein Nettoeinkommen von 2 600 bis unter 3 600 Euro monatlich konnten 18 % der Privathaushalte verfügen, und 15 % hatten ein Haushaltsnettoeinkommen von 3 600 bis unter 5 000 Euro im Monat. Rund 16 % aller Privathaushalte standen monatlich 5 000 bis unter 18 000 Euro zur Verfügung. ▶ Tab 3

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern war die Einkommensverteilung 2013 unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West 16 % der Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen unter 1 300 Euro hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin 24 %.

Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe des Nettoeinkommens hängt entscheidend davon ab, ob jemand alleine wohnt, alleinerziehend ist oder als Paar ohne oder mit Kind(ern) in einem Haushalt lebt. Paare mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren hatten im Jahr 2013 mit durchschnittlich 4 618 Euro die höchsten monatlichen Nettoeinkommen. Paare ohne Kind – dazu gehören zum Beispiel sowohl das gutsituierte Doppelverdienerpaar als auch das Seniorenpaar mit kleiner Rente – verfügten über durchschnittlich 3 655 Euro im Monat. Bei den Haushalten von Alleinerziehenden betrug das monatliche Nettoeinkommen im Durchschnitt 2 183 Euro. Allein-

▶ Abb 2 Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte nach Haushaltstyp 2013 – in Euro



▶ Tab 3 Einkommensverteilung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013

	Haushalte insgesamt	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro							
		unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
		in 1 000							
		in %							
Deutschland	39 326	7,5	10,3	5,4	13,4	14,2	17,6	15,5	16,2
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	30 994	6,9	9,2	4,9	12,5	13,8	17,8	16,6	18,3
Neue Länder und Berlin	8 332	9,7	14,3	7,5	16,7	15,5	17,0	11,1	8,3

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

lebende – zum Beispiel der gut verdienende Single oder auch die Rentnerin – hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1 856 Euro im Monat. Durchschnittlich lebten in einem Paarhaushalt mit Kind(ern) 3,8 Personen, der Alleinerziehendenhaushalt zählte durchschnittlich 2,4 Personen. ▶ [Abb 3](#)

6.1.3 Verfügbares Einkommen privater Haushalte und Verwendung

Zur Berechnung der »ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen« werden zum Haushaltsnettoeinkommen die Einkünfte aus dem Verkauf von Waren (zum Beispiel Gebrauchtwagen) und sonstige Einnahmen (zum Beispiel Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen) addiert. Diese Summe steht den Haushalten als Einkommen zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung. Im Jahr 2013 hatte das verfügbare Einkommen der Haushalte eine durchschnittliche Höhe von 3 180 Euro im Monat. Gegenüber 2008 (2 965 Euro) war das ein Anstieg um 7%. ▶ [Tab 4](#)

Dieses Geld nutzen die privaten Haushalte für Konsumausgaben, übrige Ausgaben oder es wird gespart.

Den größten Teil ihres ausgabefähigen Einkommens verwenden die Haushalte für private Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Mehr als drei Viertel (77%) des ausgabefähigen Einkommens gaben private Haushalte im Jahr 2013 dafür aus, durchschnittlich 2 448 Euro im Monat. Das war etwas mehr als 2008 mit 76% beziehungsweise 2 245 Euro.

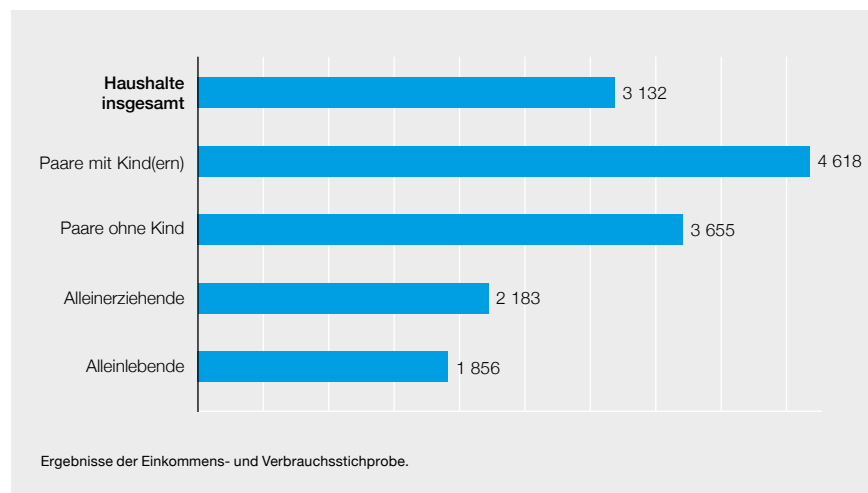
In den neuen Ländern und Berlin waren die Konsumausgaben der Haushalte zwar mit 2 048 Euro niedriger als die der Haushalte im früheren Bundesgebiet (2 556 Euro). Die Konsumquote lag im Osten mit 80% jedoch höher als im Westen mit 76%. Im Vergleich zu 2008 ist die Konsumquote in den neuen Ländern und Berlin weniger gestiegen (+0,3 Prozentpunkte) als im früheren Bundesgebiet

Schenkung und Erbe

Im Jahr 2014 betrug das geerbte und geschenkte Vermögen nach den Ergebnissen der Steuerstatistiken 108,8 Milliarden Euro. Die von den Finanzverwaltungen veranlagten Vermögensübertragungen aus Erbschaften

und Vermächtnissen beliefen sich auf 38,3 Milliarden Euro und aus Schenkungen auf 70,5 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das geerbte und geschenkte Vermögen um 54,6%.

▶ **Abb 3** Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp 2013 – in Euro



▶ **Tab 4** Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
	2008	2013	2008 ¹	2013	2008 ¹	2013
je Haushalt und Monat in Euro						
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 965	3 180	3 111	3 347	2 328	2 558
Private Konsumausgaben	2 245	2 448	2 333	2 556	1 857	2 048
Übrige Ausgaben	408	413	443	441	258	307
Ersparnis	312	319	335	350	213	203
Anteil in %						
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	100	100	100	100	100	100
Private Konsumausgaben	75,7	77,0	75,0	76,4	79,8	80,1
Übrige Ausgaben	13,8	13,0	14,2	13,2	11,1	12,0
Ersparnis	10,5	10,0	10,8	10,5	9,1	7,9

¹ Vor der EVS 2013 waren die Werte für Berlin-West im früheren Bundesgebiet und die Werte für Berlin-Ost in den neuen Ländern enthalten. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

► Info

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Matthias Bieg, Sigrun Krämer

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, das heißt neben den Ausgaben von beispielsweise Singlehaushalten, (Rentner-) Ehepaaren oder Familien auch die Ausgaben ausländischer Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat beziehungsweise zum Vorjahr wird als Teuerungsrate oder umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Im Jahresdurchschnitt 2015 sind die Preise aller Waren und Dienstleistungen in Deutschland für den privaten Verbrauch um 0,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Jahresteuersrate ist damit seit dem Jahr 2011 rückläufig. Zuletzt hatte es eine derart niedrige Teuerungsrate im Jahr 2009 mit +0,3% gegeben. ► Info Abb 1

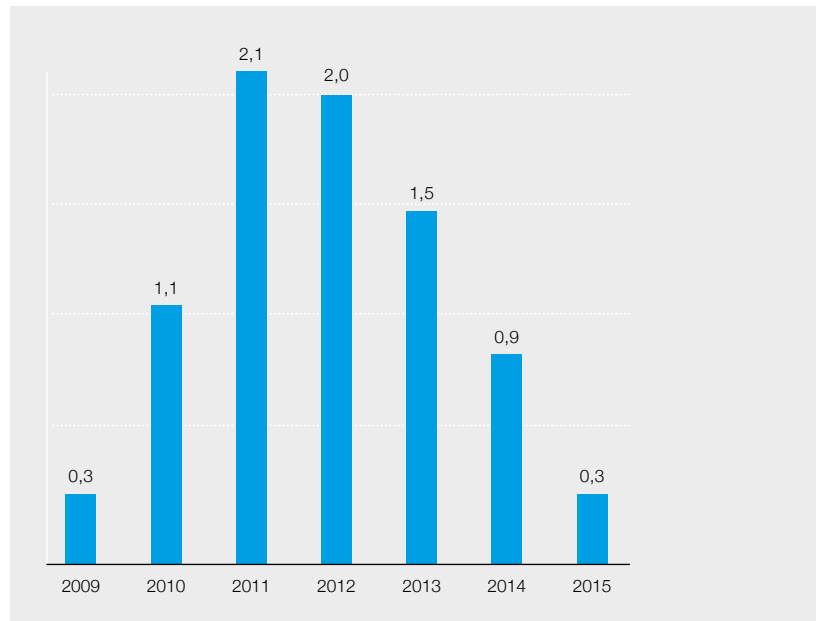
Die geringe Jahresteuersrate 2015 wurde im Wesentlichen durch die Preisentwicklung der Energieprodukte geprägt. Im Jahresdurchschnitt 2015 mussten die Verbraucher 7,0% weniger für Haushaltsenergie und Kraftstoffe ausgeben als im Jahr 2014. Am stärksten gingen die Preise im Bereich der Haushaltsenergie für leichtes Heizöl zurück (-23,1%). Erstmals seit dem Jahr 2000 verzeichnete auch Strom mit -0,8% einen Preisrückgang. Die Kraftstoffpreise sanken mit -10,0% ebenfalls deutlich.

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise um 0,8% gegenüber 2014 wirkte im Gegensatz zur Energie preistreibend. Im Einzelnen gab es gegenläufige Preisentwicklungen. Spürbar teurer waren Obst (+5,0%) und Gemüse (+5,3%). Günstiger wurden vor allem Molkeprodukte und Eier (-4,3%) sowie Speisefette und Speiseöle (-4,8%). ► Info Abb 2

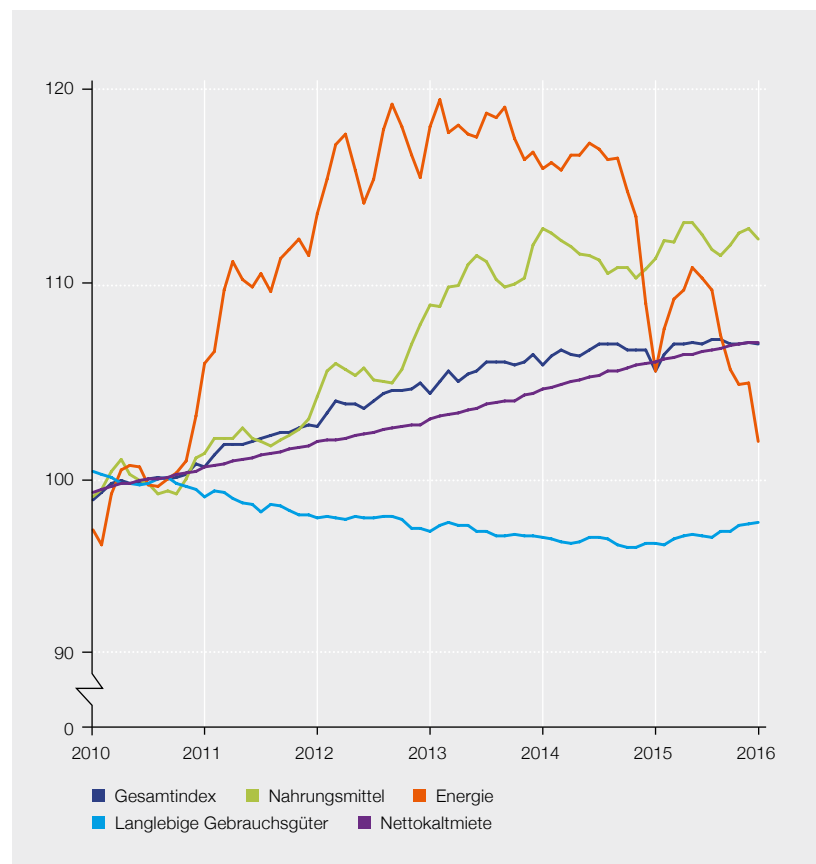
Deutschlands Haushalte unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Sie sind zum Beispiel gekennzeichnet durch die Zahl der Haushaltsmitglieder, die Altersstruktur oder das Einkommen. Wie stark ein einzelner Haushalt von der Inflation betroffen ist, hängt von seinem individuellen Konsumverhalten ab, das heißt, wie viel Geld er für welche Güter ausgibt. Um den Einfluss der Gewichtung der Ausgaben auf einfache Weise zu veranschaulichen, hat das Statistische Bundesamt einen »persönlichen Inflationsrechner« entwickelt. Mit ihm können Nutzerinnen und Nutzer beispielhaft einige Gewichte des sogenannten Wägungsschemas an ihre eigenen Konsumgewohnheiten anpassen und so ihre persönliche Inflationsrate ermitteln.



► Info Abb 1 Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr – in Prozent



► Info Abb 2 Verbraucherpreisindex für Deutschland insgesamt und für ausgewählte Produkte (2010 = 100)



(+ 1,4 Prozentpunkte). Zur Verteilung der Konsumausgaben siehe Abschnitt 6.1.4 Struktur der Konsumausgaben.

Neben den Konsumausgaben haben private Haushalte »übrige Ausgaben«, die nicht dem privaten Konsum dienen, wie freiwillige Versicherungsbeiträge, Unterhaltszahlungen, Geldgeschenke oder sonstige Steuern wie Hundesteuer. Dafür verwendeten die privaten Haushalte 2013 durchschnittlich 13 % ihrer ausgabenfähigen Einkommen, das waren 413 Euro monatlich. Im Vergleich zu 2008 (14 % beziehungsweise 408 Euro) hat der Anteil der übrigen Ausgaben am ausgabenfähigen Einkommen leicht abgenommen. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin verwendeten einen Anteil von 12 % (307 Euro) der ausgabenfähigen Einkommen für die übrigen Ausgaben, im früheren Bundesgebiet war der Anteil mit 13 % (441 Euro) etwas höher. Im Vergleich zu 2008 ist dieser Anteil im Osten leicht angestiegen (+ 0,9 Prozentpunkte), im Westen hat er dagegen leicht abgenommen (– 1,1 Prozentpunkte). ▶ [Info 3](#)

Wenn die Haushalte ihre Konsumbedürfnisse befriedigt und auch die »übrigen Ausgaben« getätigt haben, verbleibt der Rest des ausgabenfähigen Einkommens zur Bildung von Ersparnissen. Durchschnittlich 319 Euro im Monat sparten die Haushalte 2013. Das waren 10 % ihres ausgabenfähigen Einkommens. Gegenüber 2008 (312 Euro oder 11 %) ist die Sparquote leicht rückläufig (– 0,5 Prozentpunkte).

Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich auch beim Sparen: Im Jahr 2013 legten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin durchschnittlich 203 Euro im Monat auf die hohe Kante, im früheren Bundesgebiet waren es 350 Euro. Die Sparquote in Ostdeutschland (8 %) fiel damit um 2,5 Prozentpunkte niedriger aus als in Westdeutschland (10 %).

6.1.4 Struktur der Konsumausgaben

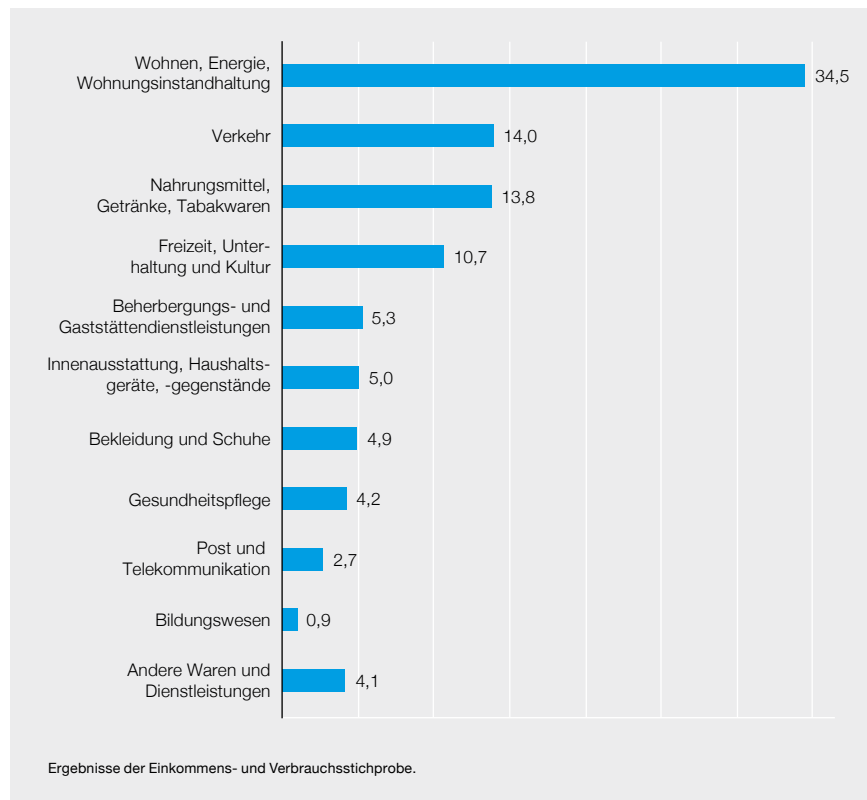
Wofür verwendeten die privaten Haushalte ihre monatlichen Konsumausgaben von 2 448 Euro?

▶ Info 3

Übrige Ausgaben

Zu diesen zählen freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Versicherungsbeiträge (zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungen, Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen), sonstige geleistete Übertragungen und Ausgaben (zum Beispiel Geldgeschenke und Geldspenden, Unterhaltszahlungen) und sonstige Steuern (zum Beispiel Kraftfahrzeug-, Hunde-, Erbschaft- beziehungsweise Schenkungsteuer) sowie die Kreditzinsen (Baudarlehen und Ähnliches, Konsumentenkredite). Statistische Differenzen – sofern vorhanden – zählen auch zu den übrigen Ausgaben. Diese entstehen, wenn in Einzelfällen bestimmte kleine Beträge nicht in die Haushaltsbücher eingetragen wurden, weil sich zum Beispiel die buchführende Person an diese Ausgabe nicht mehr erinnerte.

▶ Abb 4 Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2013 – in Prozent



Den größten Anteil am Konsumbudget (35 %; 845 Euro) gaben die Haushalte für Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie aus. Danach folgten die Verkehrsausgaben (342 Euro) und die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (337 Euro) mit einem Anteil von jeweils 14 % an den privaten Konsumausgaben. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wurden anteilig 11 % (261 Euro) ausgegeben. Eine Untergliede-

rung der Freizeitausgaben bietet Kapitel 12.1.2, Seite 373. ▶ [Abb 4](#)

Jeweils 5 % der Konsumausgaben verwendeten die Haushalte für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (130 Euro), den Bereich Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände (124 Euro) sowie den Bereich Bekleidung und Schuhe (119 Euro). Für die Gesundheitspflege gaben die Haushalte einen Anteil von 4 % (102 Euro) ihres Budgets aus

und 3 % (66 Euro) für Post und Telekommunikation. Die Ausgaben für das Bildungswesen betragen knapp 1 % (22 Euro).

Die privaten Haushalte der neuen Länder und Berlin sowie die des früheren Bundesgebietes teilten ihre Konsumbudgets 2013 ähnlich auf die einzelnen Ausgabenbereiche auf, allerdings gaben die

Haushalte im Osten im Monat durchschnittlich 508 Euro weniger für den Konsum aus.

Konsumausgaben nach Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen sich bei den Konsumaus-

gaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2013 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 426 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 869 Euro monatlich. Die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (1 910 Euro) und Alleinlebenden (1 550 Euro) lagen

► Tab 5 Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2013

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende
		mit Kind(ern)	ohne Kind		
in Euro					
Private Konsumausgaben	2 448	3 426	2 869	1 910	1 550
in %					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,8	14,6	13,5	15,8	12,6
Bekleidung und Schuhe	4,9	5,9	4,5	6,0	4,2
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	34,5	31,6	33,1	37,4	39,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	5,0	5,5	5,4	4,4	4,3
Gesundheitspflege	4,2	2,9	5,4	2,4	4,1
Verkehr	14,0	15,2	14,3	10,9	11,7
Post und Telekommunikation	2,7	2,6	2,3	3,5	3,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,7	10,5	11,2	9,5	10,5
Bildungswesen	0,9	2,0	0,3	1,6	0,6
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	5,3	5,0	5,9	3,8	5,1
Andere Waren und Dienstleistungen	4,1	4,2	3,9	4,6	4,4

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

► Tab 6 Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro							
	unter 900	900–1 300	1 300–1 500	1 500–2 000	2 000–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000–18 000
in Euro								
Private Konsumausgaben	872	1 136	1 384	1 640	2 055	2 557	3 239	4 504
in %								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,6	16,9	16,1	15,5	14,7	14,2	13,4	11,7
Bekleidung und Schuhe	3,5	4,1	4,3	4,4	4,5	4,7	5,0	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	47,7	43,6	41,0	39,0	37,2	35,3	33,1	29,3
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	3,0	3,2	4,1	4,3	4,6	5,0	5,2	6,0
Gesundheitspflege	2,5	2,7	2,8	2,9	3,3	3,8	4,0	5,8
Verkehr	5,6	8,6	9,4	11,2	12,9	13,8	15,6	16,2
Post und Telekommunikation	4,2	3,8	3,7	3,4	3,0	2,7	2,5	2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	7,2	8,7	9,8	10,1	10,4	10,4	10,8	11,8
Bildungswesen	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,8	0,9	1,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	3,2	3,7	4,0	4,4	4,7	5,2	5,4	6,4
Andere Waren und Dienstleistungen	3,7	3,9	4,1	4,2	4,1	4,0	4,0	4,2

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2 448 Euro im Monat. Berücksichtigt man, dass in Haushalten von Alleinerziehenden durchschnittlich 2,4 Personen leben und in Paarhaushalten mit Kind(ern) 3,8 Personen, so haben Alleinerziehende mit 796 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Paarhaushalte mit Kind(ern) haben Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 902 Euro. Im Vergleich dazu hatten die Alleinlebenden mit 1 550 Euro die höchsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. ▶ Tab 5

Für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung wendeten alleinerziehende Mütter oder Väter mit 59 % den größten Teil ihres Konsumbudgets auf. Am niedrigsten lag dieser Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten ohne Kind (51 %) sowie mit Kind(ern) (52 %). In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % und Alleinerziehende 16 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren

es bei den Alleinlebenden nur 13 %. Diese hatten aber mit 39 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 37 %. Paarhaushalte mit Kind(ern) hatten dagegen den geringsten Wohnkostenanteil mit 32 %.

Für den Bereich Verkehr verwendeten Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % ihrer Ausgaben, Paare ohne Kind 14 %, Alleinlebende 12 % und Alleinerziehende 11 %. Die Ausgaben für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur waren anteilig bei den Paarhaushalten ohne Kind mit 11 % am höchsten; bei den Alleinerziehenden mit 9 % ihres Konsumbudgets am geringsten. Im Bereich Gesundheitspflege war der Anteil der Ausgaben bei den Paaren ohne Kind mit 5 % am höchsten, Alleinlebende gaben dafür anteilig 4 % aus, gefolgt von den Paaren mit Kind(ern) (3 %) und Alleinerziehenden (2 %).

Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

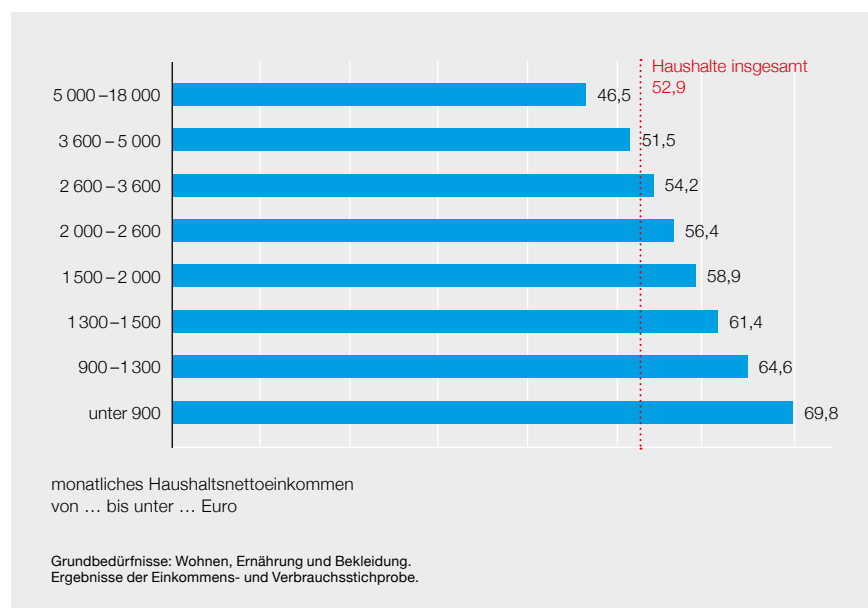
Auch die Höhe der den Haushalten zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen

hat Einfluss auf die Verbrauchsstrukturen: Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro gaben im Jahr 2013 durchschnittlich 1 025 Euro im Monat für den privaten Konsum aus. Mehr als viermal so viel (4 504 Euro) wendete die Haushaltsgruppe mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro für ihren Konsum auf. Steht also mehr Geld im Haushalt zur Verfügung, wird auch entsprechend mehr ausgegeben.

Für die Deckung der Grundbedürfnisse – Wohnen, Ernährung und Bekleidung – gaben die Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1 300 Euro monatlich im Durchschnitt 682 Euro aus, das waren 67 % ihrer gesamten Konsumausgaben. Haushalte der höchsten Einkommensgruppe wendeten dafür mit 2 093 Euro mehr als dreimal so viel auf. Ihr Anteil der Grundbedürfnisse an den gesamten Konsumausgaben war dafür mit 46 % deutlich geringer. Im Bundesdurchschnitt gaben die privaten Haushalte etwas mehr als die Hälfte (53 %) ihrer Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse aus. ▶ Abb 5

Die Ausgabenanteile für die anderen Konsumbereiche nehmen mit steigendem Einkommen zu. Besonders deutlich ist dies bei den Verkehrsausgaben: Mit 731 Euro pro Monat (16 %) gaben die Haushalte der höchsten Einkommensgruppe fast zehnmal mehr hierfür aus als die Haushalte der Einkommensgruppe unter 1 300 Euro mit 77 Euro (8 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur betrug der Ausgabenanteil der Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Sechsfache (529 Euro, 12 %) dessen, was die Haushalte mit einem Einkommen unter 1 300 Euro monatlich dafür aufwendeten (84 Euro, 8 %). Die Ausgaben für Gesundheitspflege waren in den Haushalten mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mit 261 Euro (6 %) fast zehn Mal höher als bei den Haushalten mit einem Einkommen unter 1 300 Euro monatlich (27 Euro, 3 %). ▶ Tab 6

▶ Abb 5 Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013 – Anteil an den Konsumausgaben in Prozent



► Info 4

**Ausstattungsgrad und
Ausstattungsbestand**

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 90 % Mobiltelefonen, dass 90 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Zahl der Haushalte mit einem entsprechenden Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 166 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Zahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

**6.1.5 Ausstattung privater Haushalte
mit Gebrauchsgütern**

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört zum Beispiel die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen, von Geräten der Unterhaltungselektronik sowie von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik wie Personal Computer (PC) und Handy. ► Info 4

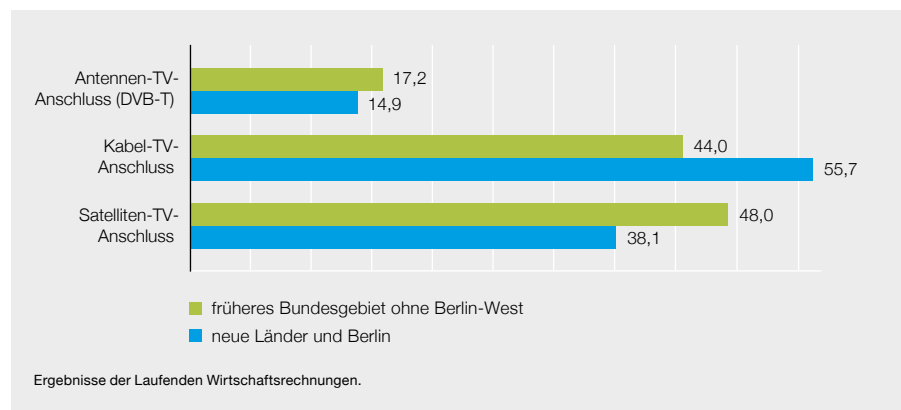
Elektrische Haushaltsgeräte

Elektrische beziehungsweise elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) erfragt werden. »Traditionelle« Haushalts-

► Tab 7 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2015 – in Prozent**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Mikrowellengerät	73,3	72,8	75,3
Geschirrspülmaschine	69,5	70,8	64,5
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,8	53,8	39,5
Wäschetrockner	39,5	44,0	22,9
Kaffeevollautomat	13,1	14,3	8,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

► Abb 6 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit TV-Anschlüssen 2015 – in Prozent**

geräte wie ein Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2015 bei knapp 100 %. Mikrowellengeräte standen in 73 % der Haushalte. Knapp 70 % der privaten Haushalte konnten eine eigene Geschirrspülmaschine nutzen, allerdings gab es einen leichten regionalen Unterschied mit Ausstattungsgraden von 71 % für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West und 65 % für die neuen Länder und Berlin. Ein weit größeres regionales Gefälle zeigte sich bei den Gefrierschränken beziehungsweise Gefriertruhen (Bundesdurchschnitt 51 %): Im früheren Bundesgebiet besaßen 54 % der Haushalte mindestens einen Gefrierschrank, während in den neuen Ländern und Berlin lediglich 40 % der Haushalte über ein solches Gerät verfügten. Noch deutlichere regionale Unterschiede waren bei der Ausstattung

mit Wäschetrocknern zu erkennen: Bei einem Ausstattungsgrad von 40 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang des Jahres 2015 Werte von 44 % in Westdeutschland und 23 % in Ostdeutschland gegenüber. Die in der Anschaffung immer noch vergleichsweise teuren Kaffeevollautomaten standen Anfang 2015 in 13 % der Privathaushalte. Auch hier gab es einen deutlichen regionalen Unterschied: 14 % der westdeutschen Haushalte konnten ihren Kaffee vollautomatisch in die Tasse laufen lassen im Vergleich zu 9 % der Haushalte in Ostdeutschland. ► Tab 7

Güter der Unterhaltungselektronik

Für Fernseher galt Anfang des Jahres 2015 nahezu Vollaussattung: Knapp 98 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen mindestens einen Fernsehapparat. Einen Flachbildfernseher besaßen

81 % der Haushalte. Bei der erstmaligen Frage nach den »Flachen« im Jahr 2006 stand lediglich in 5 % der Haushalte ein solches Gerät. Der Ausstattungsbestand von Flachbildfernsehern ist im gleichen Zeitraum ebenfalls stark angestiegen: Im Jahr 2006 kamen 6 Flachbildfernseher auf 100 Haushalte, Anfang 2015 waren es 124 Geräte je 100 Haushalte. Rund 32 % der Haushalte besaßen mehr als einen Flachbildfernseher.

Ein Empfang der Fernseh- beziehungsweise Radioprogramme ist über unterschiedliche Empfangsarten möglich, wobei durchaus mehrere Empfangsmöglichkeiten in einem Haushalt vorhanden sein können. In 17 % der Privathaushalte erfolgte der Programmempfang Anfang 2015 über Antenne (auch DVB-T). Per Satellit empfangen 46 % der Haushalte ihre Programme, und ein Kabelanschluss lag in 47 % der Haushalte. Bei allen drei Anschlussarten gab es regionale Unterschiede in der Ausstattung zwischen dem früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West sowie den neuen Ländern und Berlin. ▶ [Abb 6](#)

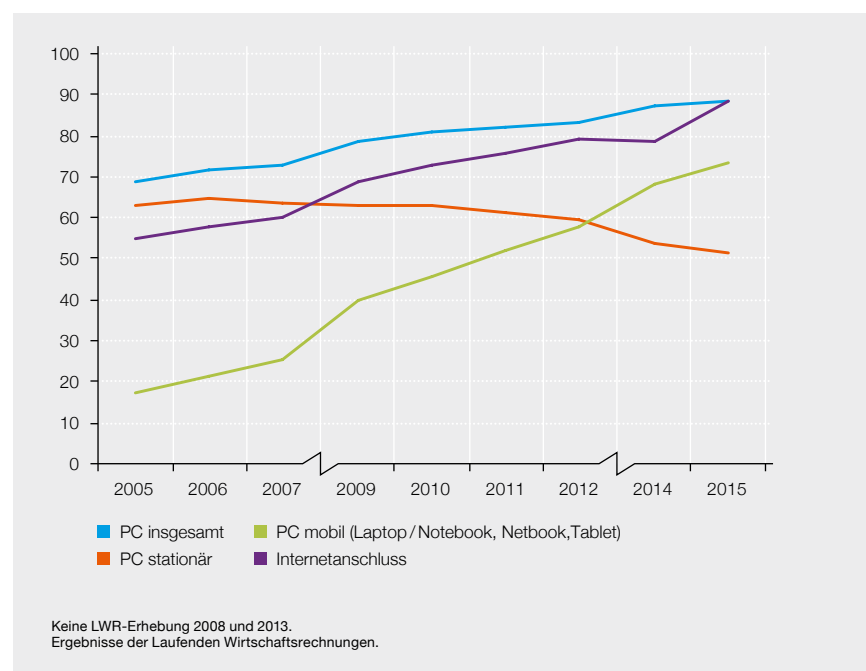
Geräte der modernen Unterhaltungselektronik wie DVD- und Blu-ray-Geräte, MP3-Player und Spielkonsolen finden sich vor allem in Haushalten mit Kind(ern). Während Anfang 2015 der Anteil der Haushalte, die im Besitz eines DVD- oder Blu-ray-Gerätes waren, bei 67 % lag, waren Alleinerziehende (76 %) und Paare mit Kind(ern) (86 %) weit überdurchschnittlich damit ausgestattet. Bei MP3-Playern und Spielkonsolen zeigt sich der überdurchschnittliche Ausstattungsgrad von Haushalten mit Kind(ern) noch deutlicher: Während Anfang 2015 im Bundesdurchschnitt 41 % der Haushalte einen MP3-Player besaßen, konnte in 49 % der Haushalte von Alleinerziehenden und in 66 % der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) Musik über dieses Medium abgespielt werden. Spielkonsolen waren durchschnittlich in 25 % der Haushalte in Deutschland vorhanden. Rund 65 % der Haushalte von Alleinerziehenden und 62 % der Paarhaushalte mit Kind(ern) verfügten über ein solches Gerät. ▶ [Tab 8](#)

▶ **Tab 8** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach Haushaltstyp 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Paare mit Kind(ern)	Paare ohne Kind	Alleinerziehende	Alleinlebende
DVD- oder Blu-ray-Gerät	67,0	85,6	69,6	76,1	55,8
MP3-Player	41,4	65,8	34,3	49,3	30,8
Spielkonsolen	25,3	62,4	14,4	64,5	9,3

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ **Abb 7** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit PC und Internetanschluss – in Prozent



PC, Telefon und Navigationssystem

Auch die Ausstattung mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie nahm in den privaten Haushalten in Deutschland in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Diese Technologien haben sich in ostdeutschen Haushalten nahezu genauso etabliert wie in westdeutschen Haushalten. Es bestehen keine großen Unterschiede in den Ausstattungsgraden mehr. Die Haushaltsgruppen partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien.

Eine große Dynamik lag in der Haushaltsausstattung mit PC. In 88 % der pri-

vaten Haushalte stand Anfang 2015 mindestens ein PC, zehn Jahre zuvor war dies in 69 % der Haushalte der Fall. Mit mobilen Computern (Laptop/Notebook, Netbook, Tablet) waren Anfang 2005 erst 17 % der Haushalte ausgestattet, während in 63 % der Haushalte stationäre Computer standen. Dieses Verhältnis hatte sich Anfang 2015 zugunsten der mobilen Geräte verändert: Jetzt besaßen 74 % der Haushalte mobile PC und nur noch 51 % stationäre Computer. ▶ [Abb 7](#)

Der Ausstattungsgrad mit PC wuchs mit steigender Zahl der Haushaltsmitglieder: Während 79 % der Singlehaushalte

► Info

Internetaktivitäten

Silvia Deckl

Wie nutzen die Menschen in Deutschland das Internet? Auskunft hierüber liefert die jährliche, amtliche Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Im ersten Quartal 2015 waren in Deutschland 59,8 Millionen Menschen im Internet aktiv. Fast alle Internetnutzerinnen und -nutzer versendeten oder empfingen E-Mails: Die Anteile lagen zwischen 82 % und 94 %. Bei den weiteren Aktivitäten zeigten sich je nach Alter unterschiedliche Schwerpunkte. So waren Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 10 und 24 Jahren besonders häufig in sozialen Netzwerken unterwegs (87 %). Die meisten Internetnutzer zwischen 25 und 54 Jahren suchten nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (95 %), lasen Nachrichten und Zeitungen online (77 %), buchten Reisedienstleistungen (70 %) oder erledigten ihre Bankgeschäfte über das Internet (68 %). Internetnutzer ab 55 Jahren suchten häufig nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (88 %), buchten Reisedienstleistungen über das Internet (68 %) oder lasen Nachrichten und Zeitungen online (67 %). ► [Info Tab 1](#)

Online-Einkäufe

Immer mehr Menschen bestellen oder kaufen mittlerweile Waren oder Dienstleistungen über das Internet. Während im ersten Quartal des Jahres 2005 weniger als die Hälfte (46 %) der Internetnutzer ab zehn Jahren online Waren oder Dienstleistungen bestellt hatten, waren es im ersten Quartal 2015 bereits mehr als zwei Drittel (67 %) – das entspricht rund 41 Millionen Menschen. ► [Info Abb 1](#)

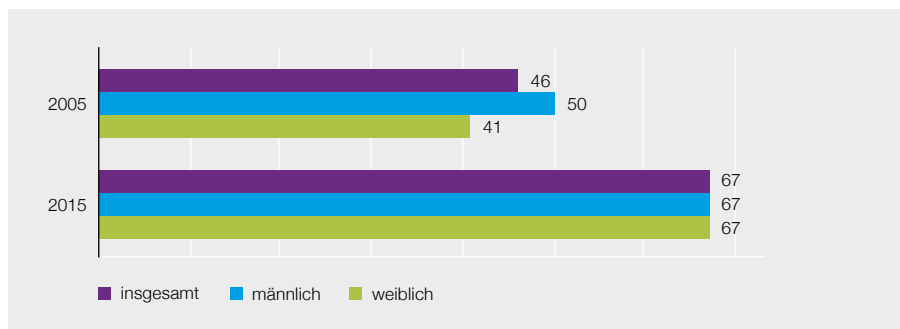
Am häufigsten nutzten 25- bis 44-Jährige die Möglichkeit, über das Internet einzukaufen: 84 % haben im Jahr 2015 innerhalb der letzten drei Monate vor dem Befragungszeitraum Waren oder Dienstleistungen online bestellt. In den Altersgruppen von 16 bis 24 Jahren (68 %) und 45 bis 64 Jahren (67 %) waren es jeweils mehr als zwei Drittel der Internetnutzer. Etwas geringer waren die Anteile bei den unter 25-Jährigen (53 %) und den 65-Jährigen oder Älteren (48 %).

Rund 10 % der Internetnutzerinnen und -nutzer ab zehn Jahren gaben zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2015 an, vor mehr als 3 Monaten, jedoch innerhalb der letzten 12 Monate Online-Käufe über das Internet getätigt zu haben. Weitere 5 % gaben an, vor mehr als einem Jahr zuletzt online eingekauft zu haben. Der Anteil der Personen, die das Internet zwar nutzten, aber noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt oder gekauft haben, lag bei 17 %. Naturgemäß ergaben sich dabei in den Altersgruppen 10 bis 15 Jahre (65 %) wie auch in der Altersgruppe 65 Jahre oder älter (31 %) überdurchschnittlich hohe Anteile. Von den 25- bis 44-Jährigen Internetnutzern gaben dagegen

► Info Tab 1 **Internetaktivitäten 2015**

	Internetnutzer/-innen insgesamt	Versand/Empfang von E-Mails	Teilnahme an sozialen Netzwerken	Suche nach Informationen über Waren/Dienstleistungen	Lesen von Nachrichten/Zeitungen	Internet-Banking	Buchung von Reisedienstleistungen
	in 1 000	in %					
Insgesamt	59 795	90,6	64,3	89,2	69,3	53,8	62,8
Im Alter von ... bis ... Jahren							
10–24	11 922	82,2	87,3	76,6	52,1	24,7	36,7
25–54	31 915	94,2	69,9	94,5	77,0	67,9	69,9
55 oder älter	15 958	90,0	35,9	88,1	66,9	47,0	67,9

Personen ab 10 Jahren. Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im ersten Quartal 2015.

► Info Abb 1 **Personen mit Onlineeinkäufen – in Prozent**

lediglich 5 % an, noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt beziehungsweise gekauft zu haben.

Was wird im Internet bestellt? Fast zwei Drittel (64 %) der Internetnutzer der letzten 12 Monate bestellten Kleidung und Sportartikel über das Internet, 49 % Gebrauchsgüter wie Möbel, Spielzeug oder Geschirr und 42 % Bücher, Zeitungen oder Zeitschriften. Rund 41 % buchten Reisedienstleistungen wie Urlaubsunterkünfte über das Internet, und 39 % kauften oder bestellten Eintrittskarten für Kino, Theater, Musik- oder Sportveranstaltungen. Der Kauf von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs wurde dagegen mit 15 % weniger häufig über das Internet vorgenommen.

Das Einkaufsverhalten im Internet weist sowohl geschlechtsspezifische als auch altersspezifische Unterschiede auf: So kauften 73 % der Frauen Kleidung über das Internet, jedoch taten dies nur 55 % der Männer. Software wie beispielsweise Videospiele war dagegen bei 35 % der Männer gefragt, allerdings nur bei 13 % der Frauen. Ein ähnliches Bild ergab sich beim Kauf von Elektroartikeln einschließlich Kameras über das Internet:

Hier tätigten 42 % der Männer entsprechende Online-Einkäufe, jedoch nur 20 % der Frauen. Urlaubsunterkünfte wurden von beiden Geschlechtern gleich häufig über das Internet gebucht (jeweils 41 %). Auch beim Online-Einkauf von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs (Männer: 15 %; Frauen: 16 %) und von Gebrauchsgütern (Männer: 48 %; Frauen: 49 %) gab es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede.

In Bezug auf die verschiedenen Altersgruppen kann man feststellen, dass die Nachfrage nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen je nach Alter unterschiedlich ausfällt. Beispielsweise kauften 38 % der älteren Menschen ab 65 Jahren im Internet Arzneimittel ein. Im Durchschnitt über alle Onlineeinkäuferinnen und -einkäufer der letzten 12 Monate betrug dieser Anteil jedoch nur 28 %. Andererseits kauften 41 % der Personen im Alter von 25 bis 44 Jahren Filme und Musik im Internet, im Gegensatz zu durchschnittlich nur 33 %.

Anfang 2015 mindestens einen PC besaßen, standen bereits in 92 % der Zweipersonenhaushalte Computer. Fünfpersonenhaushalte konnten nahezu eine Vollausstattung mit Computern verzeichnen. ▶ Tab 9

Gegenläufig verhielten sich jedoch der Ausstattungsgrad mit PC und das Alter der Haupteinkommensperson im Haushalt. Als Haupteinkommensperson gilt grundsätzlich die Person ab 18 Jahren mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen. Während der Ausstattungsgrad mit PC in Haushalten mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen von 18 bis 64 Jahren zwischen 90 % und Vollausstattung lag, betrug er in Haushalten mit Haupteinkommenspersonen im

Alter von 65 bis 69 Jahren 85 %. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen von 80 Jahren und älter wiesen einen Ausstattungsgrad von knapp 43 % auf. ▶ Tab 10

Die Ausstattung mit Internetanschlüssen entwickelte sich auch sehr dynamisch. Anfang 2015 hatten 88 % der Haushalte Anschluss an das Internet während es zehn Jahre zuvor 55 % waren.

Das Mobiltelefon (Handy/Smartphone) gehört heute bereits ganz selbstverständlich zum Leben: In 94 % aller privaten Haushalte konnte Anfang 2015 mobil telefoniert werden. Zehn Jahre zuvor war das erst in 76 % der Haushalte der Fall. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone stieg

in diesem Zeitraum von 44,9 Millionen im Jahr 2005 auf 63,7 Millionen Anfang 2015. Im Jahr 2005 verfügten 96 % der privaten Haushalte über ein Festnetztelefon; Anfang 2015 waren es nur noch 92 %.

Die Entwicklung des Ausstattungsbestandes zeigt deutlich den technologischen Wandel in der Telekommunikation. Anfang 2005 kamen auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 127 Handys. Dieses Verhältnis hat sich Anfang 2015 stark zugunsten der »Mobilen« gewandelt: Auf durchschnittlich 124 Festnetztelefone in 100 Haushalten kamen 174 Mobiltelefone. Rein rechnerisch waren das 1,9 Handys in jedem Handybesitzer-Haushalt. ▶ Tab 11

▶ Tab 9 Ausstattungsgang privater Haushalte mit PC und Internetanschluss nach der Haushaltsgröße 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Davon mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr
Personalcomputer (PC)	88,3	79,4	91,6	98,5	99,4	98,9
↳ PC stationär	51,3	36,3	58,2	66,6	68,6	66,8
↳ PC mobil (Laptop/Notebook, Netbook, Tablet)	73,5	61,3	74,7	92,0	92,9	95,9
Internetanschluss	88,2	79,6	91,3	98,3	99,2	99,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ Tab 10 Ausstattung privater Haushalte mit PC nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Ausstattungsgrad in Prozent	88,3	(100)	97,9	98,1	94,9	90,1	85,3	70,4	42,8
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	196,3	(192,2)	230,1	240,2	247,8	193,9	152,5	110,4	67,6

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ Tab 11 Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon

	Festnetztelefon			Mobiltelefon		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West ¹	Neue Länder und Berlin ²	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West ¹	Neue Länder und Berlin ²
Ausstattungsgrad in %						
2005	95,9	95,8	96,3	76,4	76,7	75,3
2015	91,5	91,9	90,0	93,5	93,6	93,2
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
2005	114,7	116,7	106,3	126,5	126,9	125,1
2015	123,6	127,7	108,7	173,9	176,6	164,0

¹ 2005: Früheres Bundesgebiet.
² 2005: Neue Länder und Berlin-Ost.
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

Auch das Alter der Haupteinkommensperson spielt eine Rolle beim Besitz von Festnetztelefonen oder Mobiltelefonen. Mit steigendem Alter der Haupteinkommenspersonen in den Haushalten war auch der Ausstattungsgrad dieser Haushalte mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen mit zunehmendem Alter stetig abnahm. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen von 18 bis 54 Jahren waren Anfang 2015 fast vollständig mit Mobiltelefonen ausgestattet. Immerhin 93 % der Haushalte von 55- bis 64-Jährigen besaßen ein solches Gerät und von den Haushalten der 80-Jährigen und Älteren waren es 74 %. ▶ Tab 12

Ob und wie viele Mobiltelefone beziehungsweise Festnetztelefone in den Haushalten vorhanden sind, wird auch deutlich vom Haushaltstyp beeinflusst, das heißt ob eine oder mehrere Personen und ob Kinder in den Haushalten leben. Alle Haushaltstypen – mit Ausnahme der alleinlebenden Männer – zeigten Anfang 2015 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von 86 % und mehr. Die

Verfügbarkeit von Mobiltelefonen unterschied sich bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kind(ern) erreichten hier die höchsten Ausstattungsgrade: Paare mit Kind(ern) und Alleinerziehende waren mit 99 % beziehungsweise rund 100 % nahezu vollausgestattet. Auch 96 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Mobiltelefon und waren damit überdurchschnittlich ausgestattet. Bei den Alleinlebenden dagegen waren Mobiltelefone unterdurchschnittlich verbreitet. Rund 89 % der alleinlebenden Männer verfügten Anfang 2015 über ein Mobiltelefon; bei den alleinlebenden Frauen waren es knapp 88 %. ▶ Tab 13

Haushalte mit Kind(ern) besaßen generell mehr als ein Mobiltelefon. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) kamen Anfang 2015 durchschnittlich 266 Geräte auf 100 Haushalte. Bei den Alleinerziehenden war der Ausstattungsbestand mit durchschnittlich 194 Mobiltelefonen je 100 Haushalte ebenfalls sehr hoch.

Über ein Navigationsgerät verfügten Anfang 2015 knapp 50 % der privaten Haushalte in Deutschland. Obwohl Navi-

gationsgeräte als Aktionsangebote auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden und damit günstig zu haben sind, ist für den Besitz eines solchen Gerätes dennoch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationsgeräten steigt mit zunehmendem Einkommen. Während Anfang 2015 der Anteil der Haushalte mit Navigationsgeräten in den unteren Einkommensklassen bei 20 % (unter 1 300 Euro netto) beziehungsweise 37 % (1 300 bis unter 1 700 Euro netto) lag, waren 54 % der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 700 Euro bis unter 2 600 Euro im Besitz eines Navigationssystems. Rund 77 % beziehungsweise 78 % der Haushalte der Nettoeinkommensklassen von 3 600 bis unter 5 000 Euro sowie 5 000 bis unter 18 000 Euro ließen sich von einem eigenen Navigationssystem leiten. ▶ Abb 8

Fahrzeuge

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern auch Informationen über die Ausstattung der Privathaushalte in Deutschland mit Fahrrädern und Personenkraft-

▶ Tab 12 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Festnetztelefon	91,5	(70,0)	82,4	90,6	92,3	91,4	94,6	96,1	97,3
Mobiltelefon	93,5	(100)	99,9	98,0	98,1	93,0	88,7	85,7	74,1

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ Tab 13 Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Haushaltstyp 2015

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende	
		mit Kind(ern)	ohne Kind		Frauen	Männer
Ausstattungsgrad in %						
Festnetztelefon	91,5	94,2	97,1	86,2	88,1	80,4
Mobiltelefon	93,5	99,3	95,7	99,7	87,6	89,2
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	123,6	135,0	142,6	95,2	98,4	96,8
Mobiltelefon	173,9	265,5	181,5	193,6	97,3	108,9

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

wagen (Pkw) und damit über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Zu Beginn des Jahres 2015 standen 68,2 Millionen Fahrräder in privaten Haushalten. Der Ausstattungsgrad liegt seit dem Jahr 2009 konstant bei rund 81 %. Elektrofahrräder, kurz E-Bikes, sind im Kommen: Privathaushalte besaßen insgesamt knapp 2 Millionen E-Bikes. In 5,4 % der Haushalte stand ein solches »elektrisches« Fahrrad.

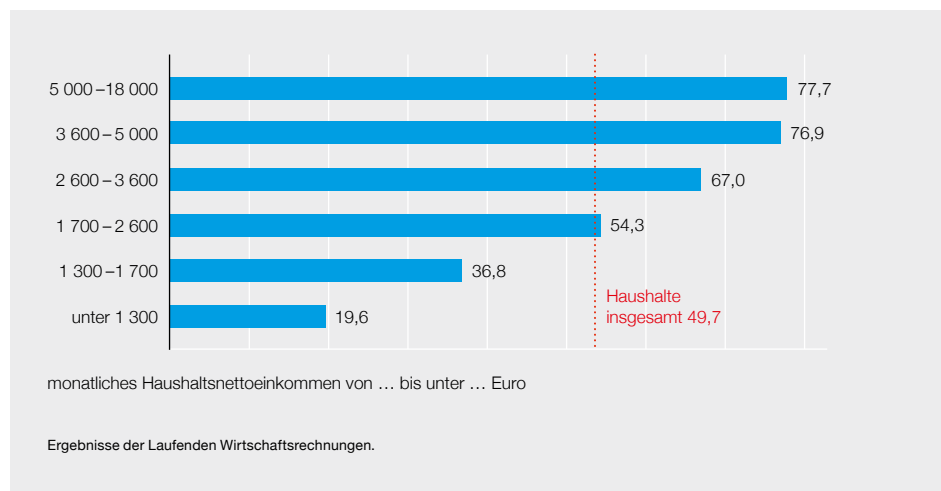
Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Sowohl die Alleinerziehenden als auch die Paare mit Kind(ern) waren zu 93 % beziehungsweise 94 % mit Fahrrädern ausgestattet. Paare ohne Kind lagen mit 83 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 81 %. Von den Einpersonenhaushalten verfügten 71 % über mindestens ein Fahrrad (Männer: 73 %, Frauen: 69 %).

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Von den 29,7 Millionen Haushalten mit Fahrrädern verfügte ein Drittel über genau ein Fahrrad. Ein weiteres Drittel besaß zwei Fahrräder und ebenfalls ein Drittel drei und mehr Fahrräder. Rein rechnerisch besaß somit ein Fahrradhaushalt 2,3 Fahrräder. ▶ [Abb 9](#)

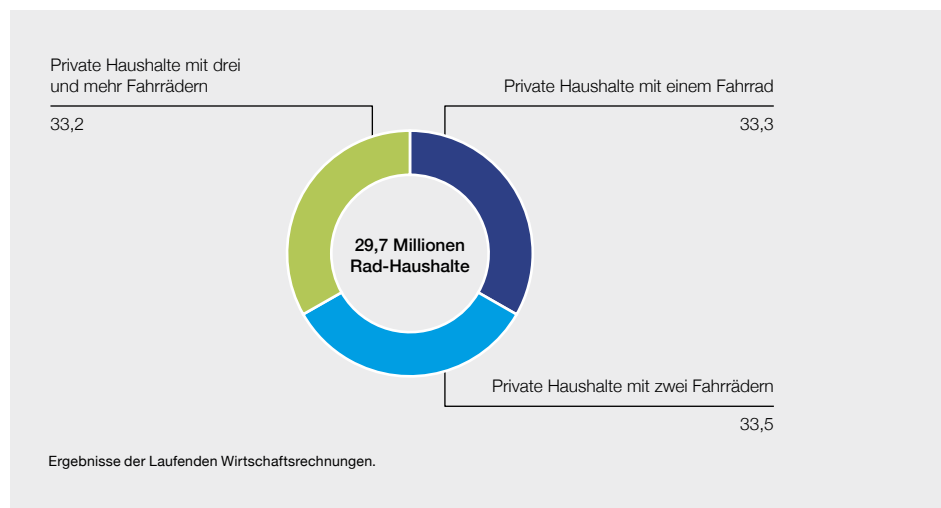
Auch das Alter der Haupteinkommenspersonen der Haushalte spielt eine Rolle für den Ausstattungsgrad mit Fahrrädern. Haushalte mit 35- bis 44-jährigen Haupteinkommenspersonen hatten einen Ausstattungsgrad von 89 %. Haushalte mit jüngeren oder älteren Haupteinkommenspersonen wiesen jeweils niedrigere Ausstattungsgrade auf. Aber selbst in den Haushalten mit 70- bis 79-jährigen Haupteinkommenspersonen betrug der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Fahrrad noch 72 %. Auch in den Haushalten von 80-jährigen und Älteren ist der Besitz eines Fahrrads durchaus keine Seltenheit: Rund 47 % besaßen mindestens ein Fahrrad – wobei die Ausstattung nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Mindestens ein Auto stand Anfang 2015 in 77 % der privaten Haushalte in Deutschland. In den neuen Ländern und Berlin lag der Anteil bei 72 %, im frühe-

▶ **Abb 8** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationsgeräten nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2015 – in Prozent



▶ **Abb 9** Ausstattung privater Haushalte mit einem oder mehreren Fahrrädern 2015 – in Prozent



ren Bundesgebiet ohne Berlin-West verfügten 79 % der Haushalte über ein Auto.

Neu oder gebraucht? Rund 48 % der Privathaushalte besaßen einen oder sogar mehrere Gebrauchtwagen, in 34 % der Haushalte stand ein Neuwagen, das heißt ein Auto, das zurzeit des Kaufs fabrikneu war. Der Anteil der Haushalte mit geleasteten Pkw lag bei 3 %. ▶ [Tab 14](#)

Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw ist

unter anderem abhängig von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. Mit steigendem Nettoeinkommen kaufen die Haushalte eher Neuwagen. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro lag der Ausstattungsgrad mit Neuwagen mit 52 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte (34 %). Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in Haushalten der beiden untersten Ein-

► Tab 14 Ausstattung privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2015

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Ausstattungsgrad in %			
Personenkraftwagen	77,4	78,9	71,8
↳ fabrikneu gekauft	34,4	34,9	32,3
↳ gebraucht gekauft	48,3	49,4	44,2
↳ geleast ¹	3,4	3,6	(2,5)
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	104,6	108,0	91,9
↳ fabrikneu gekauft	39,2	40,2	35,6
↳ gebraucht gekauft	61,6	63,7	53,6
↳ geleast ¹	3,8	4,0	(2,7)

¹ Einschließlich Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen. Keine Ratenkäufe.

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

► Tab 15 Ausstattung privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Ausstattungsgrad in Prozent	77,4	(44,5)	71,5	81,6	83,6	77,6	79,1	76,0	53,6
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	104,6	(51,2)	92,8	114,2	125,8	108,6	94,7	85,3	56,3

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

kommensgruppen (unter 1 300 Euro sowie 1 300 bis unter 1 700 Euro) bei 14 % beziehungsweise bei 29 %.

Eine Betrachtung der Anzahl der Pkw in den privaten Haushalten zeigt die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: In 100 Haushalten der untersten Nettoeinkommensklasse waren 46 Pkw zu finden, die Haushalte der höchsten Einkommensklasse besaßen mit 195 Pkw je 100 Haushalte rund viermal so viele Autos.

Bei der Ausstattung mit Pkw spielt auch das Alter der Haupteinkommensperson eine Rolle. Haushalte mit 45- bis 54-jährigen Haupteinkommenspersonen wiesen mit einem Ausstattungsgrad von 84 % die höchste Ausstattung auf. In Haushalten der anderen Altersgruppen waren Autos rarer. Haushalte mit 18- bis 24-jährigen Haupteinkommenspersonen besaßen mit 45 % am seltensten einen Pkw. ► Tab 15

Bei Haushalten von Paaren mit Kind(ern) lag 2015 der Ausstattungsgrad mit Pkw (94 %) sehr viel höher als bei Haushalten von Alleinerziehenden (69 %) und Alleinlebenden (59 %). Rund 91 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Auto.

6.1.6 Überschuldung und Privatinsolvenz

Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt. Die Insolvenzordnung eröffnet Privatpersonen seit 1999 die Möglichkeit, nach einer sogenannten Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Insolvenzgerichte liefern Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen – nicht Haushalten – die das Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Darüber hinaus

stellt die Überschuldungsstatistik Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit und gibt einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Anzahl der Hauptgläubiger. Die Daten hierzu beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen.

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten bis Ende 2014 rund 1,1 Millionen Privatpersonen, die als Verbraucher in eine Notlage geraten sind, ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Weitere rund 544 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, wurden durch das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zahlungsunfähig. Auch sie haben die Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen. Mit Ausnahme von 2008 hat die Gesamtzahl der Privatinsol-

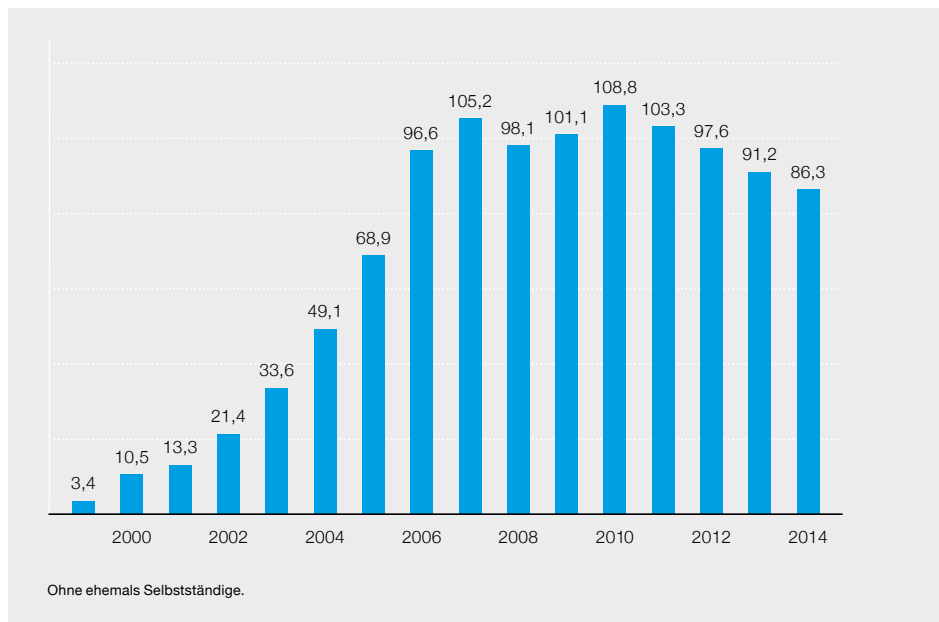
venzen bis 2010 von Jahr zu Jahr zugenommen; seit 2011 ist sie jedes Jahr gesunken. Im Jahr 2014 gab es rund 86 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser für die Überschuldung nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. ▶ Abb 10

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 zusätzlich Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenzstatistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schulden-situation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt ab auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Darüber hinaus gehört auch die Erörterung von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 395 der rund 1 400 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie der Kommunen stehen, wurden für das Jahr 2014 die Daten von etwa 103 000 Personen übermittelt. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, teilweise ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sollen ausgeräumt werden.

Menschen, die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Sta-

▶ Abb 10 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen 1999 bis 2014 – in Tausend



Überschuldete im Durchschnitt mit dem 34-fachen ihres Monatseinkommens im Minus

Die durchschnittlichen Schulden einer überschuldeten Person, die im Jahr 2014 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hat, betragen 34 504 Euro. Das war knapp das 34-fache des durchschnittlichen monatlichen Einkommens dieses Personenkreises (1 020 Euro). Ein durchschnittlicher Schuldner bräuchte demnach 34 Monate, um seine Verbindlichkeiten komplett zurückzuzahlen, wenn

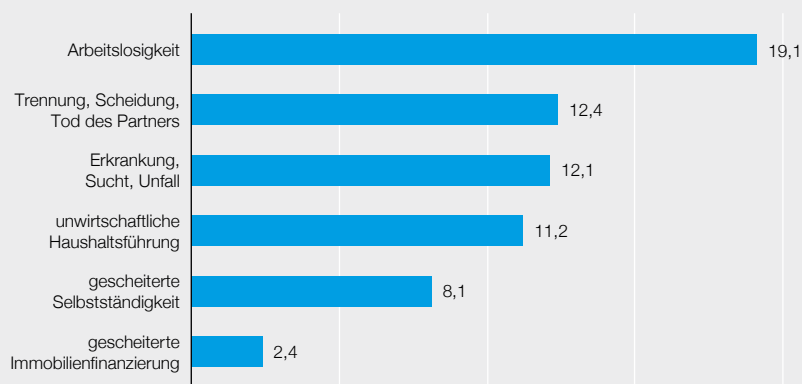
er all seine regelmäßigen Einkünfte für den Schuldendienst einsetzen könnte (Überschuldungsintensität).

Dabei müssten überschuldete Männer in diesem hypothetischen Modell 39 Monatseinkommen für die Rückzahlung aufwenden. Bei überschuldeten Frauen wäre diese Zeit mit 28 Monaten kürzer, aber auch noch deutlich über zwei Jahre.

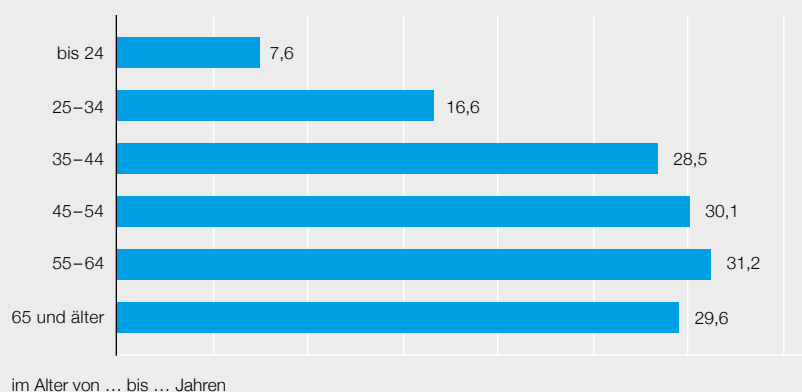
tus. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Bei einem Viertel (25 %) waren kritische Lebensereignisse wie eine Scheidung, der Tod

des Partners, eine Krankheit oder ein Unfall Auslöser der Misere. Arbeitslosigkeit wurde für 19 % der beratenen Personen als Hauptgrund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Immobilienfinanzierung waren bei etwa 14 % der beratenen Perso-

► **Abb 11** Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung, ausgewählte Ergebnisse 2014 – in Prozent



► **Abb 12** Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen 2014 – je Schuldner in Tausend Euro



im Alter von ... bis ... Jahren

Ohne ehemals Selbstständige und Personen mit Hypothekarkrediten.

nen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei rund 8 % der beratenen Personen lag der Hauptgrund für die Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit. ► [Abb 11](#)

Rund ein Drittel (33 %) aller 2014 beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt beliefen sich die Schulden aller einbezogenen Personen auf gut 34 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung

und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten.

Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich etwa 24 000 Euro errechnen. Wird an dieser Stelle statt des Durchschnitts der Median berechnet, ergibt sich ein Wert von gut 9 000 Euro. Der Median ist rechnerisch die Zahl, die genau in der Mitte liegt,

wenn man die Werte der Größe nach sortiert. Für die Überschuldung bedeutet das, dass die Schulden von 50 % der Schuldner über 9 000 Euro liegen. Bei den anderen 50 % dieser Schuldner jedoch liegen die Zahlungsrückstände darunter. Zum Vergleich: Für alle überschuldeten Personen insgesamt beträgt der Median der Schuldenhöhe etwa 13 000 Euro.

Auch bei Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekenverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei Inkassobüros (15 %) sowie öffentlichen Gläubigern, wie beispielsweise Finanzämtern (6 %).

Betrachtet man alle Überschuldeten, so stehen Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genommene Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, bei ihren Banken im Durchschnitt mit rund 23 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese auf durchschnittlich etwa 12 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand von knapp 8 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden angeht. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die 20 bis 24-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich knapp 6 000 Euro), weisen allerdings mit durchschnittlich etwa 2 000 Euro mit die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen auf. Die höchsten durchschnittlichen Schulden bei Versandhändlern haben Personen von 65 bis 69 Jahren mit über 3 000 Euro. Die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände weisen die 55- bis 64-Jährigen mit fast 5 000 Euro auf. Schulden aus Unterhaltsverpflichtungen haben vor allem Männer: alleinlebende Männer sind dabei durchschnittlich mit gut 8 000 Euro verschuldet. ► [Abb 12](#)

6.2 Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

Kristina Kott, Birgit Kuchler

Destatis

Die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eines der Kernziele der Wachstumsstrategie »Europa 2020«, die der Rat der Europäischen Union (EU) im Jahr 2010 für den Zeitraum bis 2020 beschlossen hat. Die Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung haben dabei eine herausgehobene Bedeutung. Die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) ist die zentrale amtliche Datenquelle für die europäische Sozialberichterstattung. Auf der Grundlage dieser Erhebung ermittelt das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) jährlich Kennzahlen zur aktuellen Einkommens- und Lebenssituation der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten.

Die Bezeichnung der deutschen EU-SILC-Erhebung lautet LEBEN IN EUROPA. In dem vorliegenden Kapitel werden die wichtigsten Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung auf Basis der EU-SILC-Erhebung 2014 vorgestellt. ▶ [Info 1](#)

6.2.1 Einkommensverteilung

Grundlage für die Ermittlung des Einkommens einer Person ist die möglichst umfassende Messung des verfügbaren jährlichen Nettoeinkommens des Haushalts, in dem die Person lebt. Berichtszeitraum für die Einkommensmessung in EU-SILC ist das gesamte vorangegangene Kalenderjahr. Neben den regelmäßigen monatlichen Einkünften werden auch

jene Einkünfte mit berücksichtigt, die unregelmäßig oder nur einmal im Jahr (zum Beispiel das Weihnachtsgeld) gezahlt werden. Das Haushaltseinkommen setzt sich aus den Einkünften aller Haushaltsmitglieder zusammen, die im Laufe eines Kalenderjahres gezahlt wurden und somit Einfluss auf die allgemeine finanzielle Situation des Haushalts haben. ▶ [Info 2](#)

Zudem wird angenommen, dass

- alle Haushaltsmitglieder ihre Einkünfte zur Verfügung stellen,
- alle Haushaltsmitglieder das gleiche Wohlfahrtsniveau erreichen,
- Mehrpersonenhaushalte gegenüber Einpersonenhaushalten Einspareffekte aufgrund des gemeinsamen Wirtschaftens haben.

Anschließend wird das Haushaltsnettoeinkommen in ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen umgewandelt. ▶ [Info 3](#)

Wie hoch sind die durchschnittlichen Einkommen und die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen?

Im Jahr 2014 betrug das Medianeinkommen in Deutschland 19 733 Euro. Danach hatte die eine Hälfte der Bevölkerung mindestens 19 733 Euro zur Verfügung, die andere Hälfte weniger. Der Mittelwert lag dagegen mit 22 537 Euro etwas höher.

Wird nur der obere und der untere Rand der Einkommensverteilung betrachtet, so verfügten die ärmsten 10 % der Bevölkerung nur über knapp die Hälfte des Medianeinkommens (Verhältnis des 1. Dezils zum 5. Dezil). Die reichsten 10 % der Bevölkerung hatten dagegen fast das

▶ Info 1

LEBEN IN EUROPA

In Deutschland wird die amtliche Erhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA seit 2005 jährlich durchgeführt und liefert eine Vielzahl von Sozialindikatoren für Deutschland. Die Befragung erfolgt schriftlich in vier aufeinanderfolgenden Jahren und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe ersetzt wird (Rotationspanel).

Doppelte des Medianeinkommens zur Verfügung (Verhältnis des 5. Dezils zum 9. Dezil). ► [Info 4, Tab 1](#)

Einen Überblick über die Einkommensspreizung in der Bevölkerung geben die relativen Einkommenspositionen. Hierbei wird das Nettoäquivalenzeinkommen einer Person ins Verhältnis zum Medianeinkommen gesetzt und als relativer Anteil vom Medianeinkommen ausgewiesen. Danach standen im Jahr 2014 knapp 11 % der Bevölkerung die Hälfte oder weniger des Medianeinkommens zur Verfügung. Weitere 18 % der Bevölkerung verfügten über ein Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 50 % und 75 % des Medianeinkommens. Etwa 13 % der Bevölkerung verfügten über ein Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 151 % und 200 % des Medianeinkommens. Knapp 8 % standen mehr als 200 % und damit mehr als das Doppelte des Medianeinkommens zur Verfügung.

Auf europäischer Ebene werden als Maß für die Einkommensungleichheit die S80/S20 Rate und der Gini-Koeffizient herangezogen. Danach stand den reichsten 20 % der Bevölkerung im Jahr 2014 in der Summe rund fünfmal so viel Einkommen zur Verfügung wie den ärmsten 20 % der Bevölkerung. Der Gini-Koeffizient wies für Deutschland im Jahr 2014 einen Wert von 0,31 auf. ► [Info 5](#)

6.2.2 Armutsgefährdung

Die Messung der Armutsgefährdung in der europäischen Sozialberichterstattung orientiert sich an einer relativen Definition von Armut und folgt damit einem Ratsbeschluss der Europäischen Union von 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. Danach gelten Personen als »verarmt«, »wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist«. Ausgehend von dieser Sichtweise gilt in EU-SILC eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens beträgt.

► Info 2

Haushaltsnettoeinkommen

Grundlage für Einkommens- und Armutsanalysen bei LEBEN IN EUROPA ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen aus dem Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr), das sich ergibt aus dem Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Abzug von:

- Steuern,
- Sozialversicherungsbeiträgen,
- regelmäßigen Vermögensteuern und
- regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen.

Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten. Zum haushaltsbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- Familienleistungen (Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen,
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung,
- regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten (zum Beispiel Unterhaltszahlungen),
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen,
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Hinweis: Schätzwerte für unterstellte Mieten bei selbst genutztem Wohneigentum (sogenannte Eigentümermietwerte) werden hier, anders als in anderen amtlichen Statistiken (zum Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe), nicht zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzugerechnet. Zum personenbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (zum Beispiel Firmenwagen),
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren),
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung,
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- ausbildungsbezogene Leistungen.

► Info 3

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die Menschen leben, um das Wohlstandsniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Es ist eine fiktive Rechengröße, die aus der Haushaltszusammensetzung und dem Haushaltsnettoeinkommen abgeleitet wird. Bei diesem Verfahren wird dem ersten erwachsenen Haushaltsmitglied ein Bedarfsgewicht von 1,0 und jedem weiteren Haushaltsmitglied ab 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 sowie Haushaltsmitgliedern unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet (nach modifizierter OECD-Skala). Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die Summe der Bedarfsgewichte (Gesamtbedarfsgewicht) geteilt und der sich daraus ergebende Betrag jedem Haushaltsmitglied als sein persönliches Nettoäquivalenzeinkommen beziehungsweise Pro-Kopf-Einkommen zugewiesen. Durch diese Äquivalenzgewichtung ist die Einkommenssituation einer Person aus einem Einpersonenhaushalt nun direkt vergleichbar mit der Einkommenssituation einer Person aus einem Mehrpersonenhaushalt. Zugleich kann die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung betrachtet werden.

Ein Beispiel: Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren erhalten ein Gesamtbedarfsgewicht von 2,1 (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3). Beläuft sich das verfügbare Nettoeinkommen eines solchen Haushalts auf 2 000 Euro monatlich, so ergibt sich als Nettoäquivalenzeinkommen 952,38 Euro monatlich (= 2000 Euro geteilt durch 2,1), das jedem Haushaltsmitglied zugewiesen wird. Es wird also nicht die Zahl der Köpfe zugrunde gelegt, sondern das Gesamtbedarfsgewicht, das (mit Ausnahme von Einpersonenhaushalten) immer niedriger ist als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt, da in größeren Haushalten wirtschaftliche Einspareffekte auftreten (zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten). Der Vier-Personen-Beispielhaushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern unter 14 Jahren benötigt bei der Berechnung also deshalb nicht das Vierfache, sondern nur das 2,1-Fache des Einkommens eines Einpersonenhaushalts, um das gleiche Wohlstandsniveau wie der Einpersonenhaushalt zu erreichen.

► Info 4

Medianeinkommen, Mittelwert und Dezile

Das durchschnittliche Einkommen in der Bevölkerung wird in der Regel durch das Medianeinkommen oder durch den Mittelwert dargestellt. Bei der Ermittlung des Medianeinkommens werden die Einkommen der Personen der Höhe nach angeordnet. Das Medianeinkommen präsentiert hierbei den Einkommensbetrag, der die Bevölkerung in zwei Hälften teilt: Die untere Hälfte der Bevölkerung hat weniger als das Medianeinkommen zur Verfügung; die obere Hälfte hat mehr als das Medianeinkommen zur Verfügung.

Bei der Ermittlung des Mittelwerts (arithmetischer Mittelwert, Durchschnitt) wird die Summe der Einkommen von allen Personen gebildet. Diese Summe wird anschließend durch die Anzahl der Personen geteilt. Das Ergebnis ist ein Einkommensbetrag, der den Mittelwert über alle Einkommen präsentiert.

Aussagen über die damit verbundene Einkommensspreizung in der Bevölkerung werden möglich, wenn die Bevölkerung – nach der Höhe der Einkommen – in gleich große Gruppen unterteilt wird. Wird die Bevölkerung zum Beispiel in zehn gleiche große Gruppen (Dezile) unterteilt, können die ärmsten 10% der Bevölkerung mit den reichsten 10% der Bevölkerung verglichen werden. Das Maximum des 5. Dezils präsentiert hierbei den Wert, der auch als Medianeinkommen bekannt ist, weil das 1. bis 5. Dezil die untere Hälfte der Bevölkerung abbildet und das 6. bis 10. Dezil die obere Hälfte der Bevölkerung.

► Tab 1 Einkommensverteilung

	2014
Medianeinkommen in Euro	19 733
Dezilverhältnisse	
1:5-Dezilverhältnis	0,49
9:5-Dezilverhältnis	1,87
1:9-Dezilverhältnis	0,27
Relative Einkommensposition – in % der Bevölkerung	
von ... bis ... % des Medianeinkommens	
unter 50	10,7
50–75	17,7
76–100	22,0
101–125	16,6
126–150	12,4
151–200	12,8
mehr als 200	7,8
S80/S20 Rate	5,1
Gini-Koeffizient	0,31

► Info 5

S80/S20 Verhältnis und Gini-Koeffizient

Um den relativen Einkommensabstand zwischen dem oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung (das sogenannte S80/S20-Verhältnis) zu beschreiben, wird das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist. Allerdings ist diese Darstellung empfindlich gegenüber Ausreißern, weil hier nicht die Quintilsgrenzen, sondern die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil mit der Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil verglichen wird. Die Angaben einer einzelnen Person können die jeweilige Summe und damit das Ergebnis stark beeinflussen.

Ein anderes, häufig benutztes Verteilungsmaß ist der Gini-Koeffizient, ein statistisches Konzentrationsmaß. Auf Einkommensdaten angewendet zeigt der Gini-Koeffizient an, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Bei der Berechnung wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auf Basis aller individuellen Nettoäquivalenzeinkommen einer Personengruppe ermittelt. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen Null (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

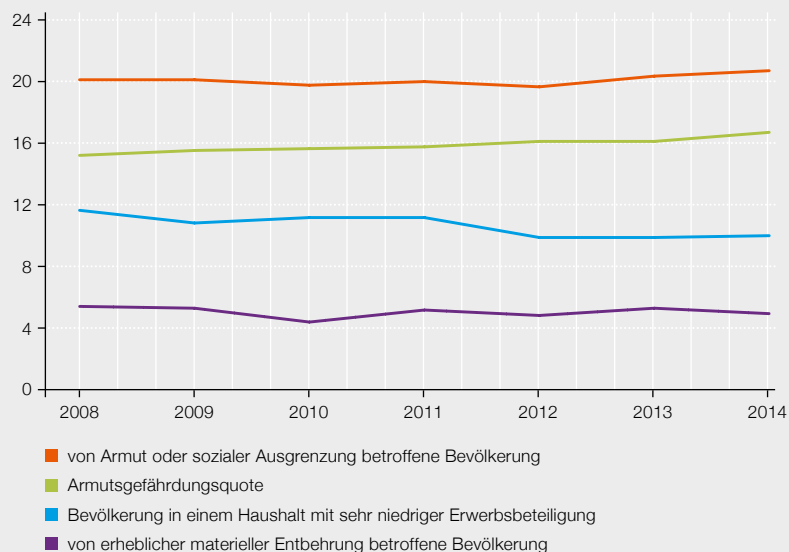
Bei einem Medianeinkommen von 19 733 Euro im Jahr 2014 lag der Schwellenwert für die Armutsgefährdung bei 11 840 Euro (60% vom Medianeinkommen). Umgerechnet auf das monatliche Einkommen bedeutet dies, dass in Deutschland im Jahr 2014 eine Person als armutsgefährdet galt, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 987 Euro im Monat betrug.

Dies traf im Jahr 2014 in Deutschland für 16,7% der Bevölkerung zu. Seit dem Jahr 2008 (15,2%) ist der Anteil der von relativer Armut bedrohten Bevölkerung stetig angestiegen. ► Abb 1

Die Armutsgefährdungsquote von Frauen lag 2014 mit 17,4% etwas höher als die von Männern (15,9%). Frauen waren in fast allen Altersgruppen von einer höheren Armutsgefährdung betroffen als Männer. Das höchste Armutsgefährdungsrisiko im Hinblick auf die Merkmale Alter und Geschlecht wiesen Frauen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen auf. Hier waren 24,0% der Frauen armutsgefährdet. Bei den Männern dieser Altersgruppe war die Armutsgefährdungsquote um knapp 7 Prozentpunkte niedriger (17,4%), aber ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus haben sowohl Frauen als auch Männer gegen Ende ihres Erwerbslebens ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko. So waren 19,4% der Frauen und 21,6% der Männer in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen armutsgefährdet. In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren beziehungsweise in der Phase des Ruhestands sinkt das Armutsgefährdungsrisiko bei Frauen und Männern – allerdings in unterschiedlichem Maße. Während die Armutsgefährdungsquote bei den Frauen in dieser Altersgruppe mit 18,4% überdurchschnittlich blieb, hatten Männer in diesem Alter mit 14,0% ein deutlich unterdurchschnittliches Risiko. ► Tab 2

Bezogen auf verschiedene Haushaltstypen zeigt sich, dass im Jahr 2014 mit 29,4% fast jede dritte Person in Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet war. Noch etwas höher war das Armutsgefährdungsrisiko bei Alleinleben-

► **Abb 1** Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Armut und materieller Entbehrung – in Prozent



den (32,9%). Leben zwei Erwachsene – allein oder mit Kind(ern) – in einem Haushalt ist das Armutsgefährdungsrisiko dagegen deutlich geringer. So waren 11,6% der Personen aus Haushalten armutsgefährdet, in denen nur zwei Erwachsene unter 65 Jahren lebten und nur 11,3% der Personen aus Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern). Von allen Haushaltstypen haben Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden und Alleinlebende ein deutlich überdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko, während dieses Risiko bei den anderen Haushaltstypen unterdurchschnittlich niedrig ist.

Der Erwerbsstatus von Personen wird in der EU-SILC-Erhebung im Rahmen einer Selbsteinschätzung erfragt, in der die Personen angeben, welcher Erwerbsstatus beziehungsweise welche Lebenssituation derzeit auf sie zutrifft. Die Analyse nach dem Merkmal »Erwerbsstatus« von Personen über 18 Jahren zeigt, dass bei den erwerbstätigen Personen nur 9,9% in Haus-

halten lebten, in denen die Personen als armutsgefährdet galten. Bei den arbeitslosen Personen waren es dagegen 67,4%. Und bei den Personen im Ruhestand lebten 16,7% in Haushalten, in denen die Personen als armutsgefährdet galten.

Da bei dieser Betrachtung der Erwerbsstatus der anderen erwachsenen und somit potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Haushalt unberücksichtigt bleibt, ist es sinnvoll, zusätzlich die Arbeitsmarkt-beteiligung beziehungsweise Erwerbsintensität (work intensity) des gesamten Haushalts einzubeziehen. ► [Info 6](#)

Danach hatten Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität (weniger als 20%) ein Armutsgefährdungsrisiko von 65,0%. War die Arbeitsmarkt-beteiligung des Haushalts insgesamt höher aber noch unter 45% (geringe Erwerbsbeteiligung), so war das Armutsgefährdungsrisiko der Personen nur noch halb so hoch (31,6%). Wie erwartet, wiesen Personen aus Haushalten mit einer Erwerbsintensität von mindestens 85% das

geringste Armutsgefährdungsrisiko auf (6,9%). Je höher also die Arbeitsmarkt-beteiligung der potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder und damit des Haushalts insgesamt ist, desto geringer ist folglich auch das Armutsgefährdungsrisiko der Personen in diesen Haushalten.

Neben dem Erwerbsstatus werden die Personen auch zu ihrem erreichten Bildungsabschluss befragt. Mit Blick auf das Armutsgefährdungsrisiko waren 10,5% der Personen mit einem hohen Bildungsstand und 16,0% der Personen mit einem mittleren Bildungsstand armutsgefährdet. Bei Personen mit einem niedrigen Bildungsstand waren 29,1% armutsgefährdet.

6.2.3 Materielle Entbehrung

Messung der materiellen Entbehrung

Während für die Definition von Armutsgefährdung die finanziellen Ressourcen bei der Beschreibung der Lebenslage ausschlaggebend sind, geht es bei der Messung der materiellen Entbehrung vor allem um eine Bewertung der eigenen Situation in den verschiedenen Lebensbereichen. Dieser in der europäischen Sozialberichterstattung verwendete Ansatz geht auf den relativen Deprivationsansatz von Peter Townsend zurück, der davon ausgeht, dass es in einer Gesellschaft – trotz der Pluralität von Lebensstilen und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur – so etwas wie einen messbaren allgemeinen Lebensstil oder allgemeinen Lebensstandard gibt. Je weniger eine Person an diesem allgemeinen Lebensstandard teilhaben kann, umso höher ist das Ausmaß ihrer materiellen Entbehrung oder Deprivation. Ähnlich wie bei der Messung der Armutsgefährdung wird dabei ein Schwellenwert zugrunde gelegt, ab dem von materieller Entbehrung beziehungsweise einem unfreiwilligen Ausschluss vom aktuellen allgemeinen Lebensstandard ausgegangen wird. Dafür muss der aktuelle allgemeine Lebensstandard bekannt sein und es muss bei der Messung der materiellen Entbehrung sichergestellt sein, dass zwischen einem

► Tab 2 Schwellenwert für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquote

	2014
Schwellenwert für Armutsgefährdung (Euro/Jahr)	11 840
Armutsgefährdungsquote in %	
Insgesamt	16,7
Geschlecht und Altersgruppen	
Männer	15,9
Frauen	17,4
unter 18 Jahren	15,1
↳ Männer	14,5
↳ Frauen	15,9
18 bis 24 Jahre	20,6
↳ Männer	17,4
↳ Frauen	24,0
25 bis 54 Jahre	15,6
↳ Männer	15,5
↳ Frauen	15,7
55 bis 64 Jahre	20,4
↳ Männer	21,6
↳ Frauen	19,4
65 Jahre oder älter	16,3
↳ Männer	14,0
↳ Frauen	18,4
Haushaltstypen	
Alleinlebende	32,9
↳ Männer	33,5
↳ Frauen	32,3
Personen in Haushalten von ...	
... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	11,6
... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	11,4
... Alleinerziehenden	29,4
... zwei Erwachsenen mit Kind(ern)	11,3
Überwiegender Erwerbsstatus¹	
Erwerbstätig	9,9
Arbeitslos	67,4
Im Ruhestand	16,7
Sonstige Nichterwerbstätige	28,7
Erwerbsintensität im Haushalt	
Personen ² in Haushalten mit ...	
... sehr geringer Erwerbsintensität (weniger als 20%)	65,0
... geringer Erwerbsintensität (20–44%)	31,6
... mittlerer Erwerbsintensität (45–54%)	14,5
... hoher Erwerbsintensität (55–84%)	9,6
... sehr hoher Erwerbsintensität (85–100%)	6,9
Bildungsstatus³	
ISCED 0 bis 2 – niedrig	29,1
ISCED 3 bis 4 – mittel	16,0
ISCED 5 bis 6 – hoch	10,5

1 Personen ab 18 Jahren. Selbsteinschätzung.

2 Personen unter 60 Jahren.

3 Personen ab 18 Jahren. Bildungsstatus nach der internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 1997).

► Info 6

Erwerbsintensität (work intensity)

Die Erwerbsintensität ist ein Haushaltsmerkmal, bei dem jedes Haushaltsmitglied zwischen 18 und 59 Jahren als potenziell erwerbsfähig betrachtet wird. Die Ergebnisse sollen sich nur auf Haushalte beziehen, in denen Personen wohnen, die sich noch in der Erwerbsphase befinden. Reine Rentnerhaushalte sind bei dieser Analyse ausgeschlossen beziehungsweise werden hier nicht berücksichtigt. Ein Haushalt erzielt 100% bei der Erwerbsintensität, wenn alle erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder auch vollzeiterwerbstätig sind. Ist dagegen keines der potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Haushalt erwerbstätig, beträgt die Erwerbsintensität in diesem Haushalt 0%. Auf diese Weise wird einem Zweipersonenhaushalt mit zwei vollzeiterwerbstätigen Personen eine Erwerbsintensität von 100% zugewiesen, während ein Zweipersonenhaushalt mit einer vollzeiterwerbstätigen Person und einer nicht erwerbstätigen aber erwerbsfähigen Person eine Erwerbsintensität von insgesamt 50% erhält. Arbeitet in einem Zweipersonenhaushalt die einzige erwerbstätige Person nur die Hälfte der Arbeitszeit, so sinkt die Erwerbsintensität für diesen Haushalt auf 25%.

freiwilligen Verzicht (zum Beispiel Autoverzicht) und einem unfreiwilligen Verzicht unterschieden wird. Andernfalls besteht die Gefahr, dass hier eher verschiedene Lebensstile an Stelle von materieller Entbehrung abgebildet werden. Ferner muss zwischen Ressourcen unterschieden werden, über die ein Haushalt autonom verfügen kann beziehungsweise die er kaufen kann, und Ressourcen, bei denen dies nicht der Fall ist (zum Beispiel die Infrastruktur in seiner Wohnumgebung: Gesundheitsversorgung am Ort, Zugang zum öffentlichen Nahverkehr).

Aus Sicht einer kontinuierlichen europäischen Sozialberichterstattung ergeben sich weitere Anforderungen an die Messung der materiellen Entbehrung: Die Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der EU sollen vergleichbar sein, aber auch die unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie die Entwicklungen in den jeweiligen Gesellschaften berücksichtigen. Aus diesen Gründen erfolgt die Messung der materiellen Entbehrung auf der Grundlage von neun sogenannten Deprivationskrite-

rien. Ein Kriterium bezieht sich auf Zahlungsrückstände bezüglich Wohnkosten und Krediten. Vier Kriterien beziehen sich auf die Einschätzung des Haushalts bezüglich dessen, was er sich aus seiner Sicht »leisten kann«, und vier Kriterien beziehen sich direkt auf die Ausstattung des Haushalts mit den Konsumgütern Auto, Waschmaschine, Farbfernseher und Telefon. Verneint der Haushalt das Vorhandensein eines Konsumgutes, wird er gefragt, ob finanzielle oder sonstige Gründe dafür ausschlaggebend sind. Auf diese Weise kann zwischen einem freiwilligen und einem unfreiwilligen Verzicht unterschieden werden. Bei der Messung der materiellen Entbehrung wird nur der unfreiwillige Verzicht berücksichtigt. Die europäische Sozialberichterstattung unterscheidet zwischen materieller Entbehrung und erheblicher materieller Entbehrung. ▶ [Info 7](#)

Ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsmessung wird das ermittelte Ergebnis allen Haushaltsmitgliedern in einem Haushalt zugeordnet und bei der Ergebnisdarstellung als Ergebnis für die Gesamtbevölkerung ausgewiesen.

Materielle Entbehrung nach Einzelkriterien

Im Jahr 2014 gaben knapp 6 % der Bevölkerung Zahlungsrückstände in den letzten zwölf Monaten bei Hypotheken, Konsumentenkrediten, Miete oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung) an. Etwa 5 % der Bevölkerung konnten die Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen heizen. Knapp 33 % und damit jeder Dritte in der Bevölkerung konnte unerwartet anfallende Ausgaben in einer bestimmten Höhe (2014: 980 Euro) nicht aus eigenen Finanzmitteln bestreiten. Für knapp 8 % der Bevölkerung war es aus finanziellen Gründen nicht möglich, jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine hochwertige vegetarische Mahlzeit zu essen. Jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen, war für 21 % der Bevölkerung finanzbedingt nicht möglich. Bei der Frage

nach der Ausstattung mit einem Auto sollten nur Autos berücksichtigt werden, die keine Dienst- oder Firmenwagen sind. Danach verzichteten knapp 7 % der Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf ein pri-

vates Auto im Haushalt. Sehr gering war dagegen der Anteil in der Bevölkerung, der aus Geldgründen auf eine Waschmaschine (0,5 %), einen Farbfernseher (0,3 %) oder auf ein Telefon (0,3 %) verzichtete. ▶ [Tab 3](#)

▶ Info 7

Materielle Entbehrung

Die materielle Entbehrung umfasst einerseits verschiedene Formen wirtschaftlicher Belastung wie zum Beispiel Hypotheken- oder Mietschulden, Zahlungsrückstände oder Probleme, die Rechnungen von Versorgungsbetrieben zu begleichen. Andererseits umfasst sie einen aus finanziellen Gründen erzwungenen Mangel an Gebrauchsgütern, wobei der Mangel durch die unfreiwillige Unfähigkeit – im Unterschied zur Wahlfreiheit – bedingt ist, für gewisse Ausgaben aufkommen zu können. Materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens drei der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

1. Zahlungsrückstände (in den letzten zwölf Monaten) bei Hypotheken, Miete, Konsumentenkrediten oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung);
2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können;
3. Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können;
4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können;
5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen;
6. Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen;
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen;
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen;
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

In der europäischen Sozialberichterstattung wird zwischen materieller Entbehrung und erheblicher materieller Entbehrung unterschieden. Materielle Entbehrung liegt vor, wenn für einen Haushalt mindestens drei der neun aufgeführten Kriterien zutreffen. Erhebliche materielle Entbehrung wird dagegen bei Haushalten angenommen, bei denen mindestens vier der neun Kriterien zutreffen.

▶ **Tab 3** Materielle Entbehrung nach einzelnen Kriterien – in Prozent der Bevölkerung

	2014
Zahlungsrückstände bei Hypotheken, Konsumentenkrediten, Miete, Rechnungen von Versorgungsbetrieben	5,6
Der Haushalt kann es sich finanziell nicht leisten ...	
... die Wohnung angemessen warm zu halten	4,9
... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 980 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten	32,6
... jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) einzunehmen	7,5
... jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen	21,0
Fehlen eines Pkw im Haushalt aus finanziellen Gründen	6,8
Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen	0,5
Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen	0,3
Fehlen eines Telefons aus finanziellen Gründen	0,3

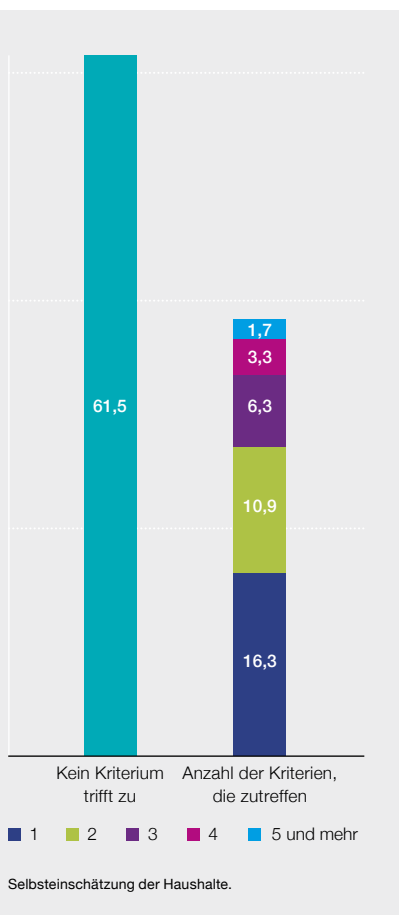
Selbsteinschätzung der Haushalte.

Diese Ergebnisse zeigen einerseits, dass für eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die erfragten Kriterien zum allgemeinen Lebensstandard gehören. Andererseits wird auch deutlich, dass die Bestreitung von unerwartet anfallenden Ausgaben (33%) und die finanziellen Möglichkeiten für eine jährliche Fahrt in den Urlaub (21%) für einen relativ hohen Anteil in der Bevölkerung nicht selbstverständlich sind.

Materielle Entbehrung und erhebliche materielle Entbehrung

Werden alle neun Kriterien für die Messung der materiellen Entbehrung betrachtet, so ergibt sich für das Jahr 2014

► Abb 2 Materielle Entbehrung nach der Anzahl der Kriterien 2014 – in Prozent der Bevölkerung



folgendes Bild: Für knapp 62% der Bevölkerung traf keines der neun Kriterien zu. Diese Personen hatten weder Zahlungsrückstände bei den Wohnkosten und Kreditzahlungen noch mussten sie sich in einem der hier betrachteten Aspekte des allgemeinen Lebensstandards aus finanziellen Gründen einschränken. Bei rund 16% der Bevölkerung traf genau ein Kriterium zu; bei weiteren 11% trafen bereits zwei Kriterien zu. ► Abb 2

Wie bereits erwähnt, liegt materielle Entbehrung vor, wenn mindestens drei der neun Einzelkriterien zutreffen. 11,3% der Bevölkerung waren danach von materieller Entbehrung betroffen. Erhebliche materielle Entbehrung (vier von neun Kriterien) kam bei 5,0% der Bevölkerung vor. Der Anteil der von erheblicher materieller Entbehrung betroffenen Bevölkerung schwankt im Zeitverlauf. Im Jahr 2008 lag er bei 5,5%, wies aber durchaus in den Jahren 2010 und 2012 mit 4,5% und 4,9% Werte von unter 5% auf (Abbildung 1).

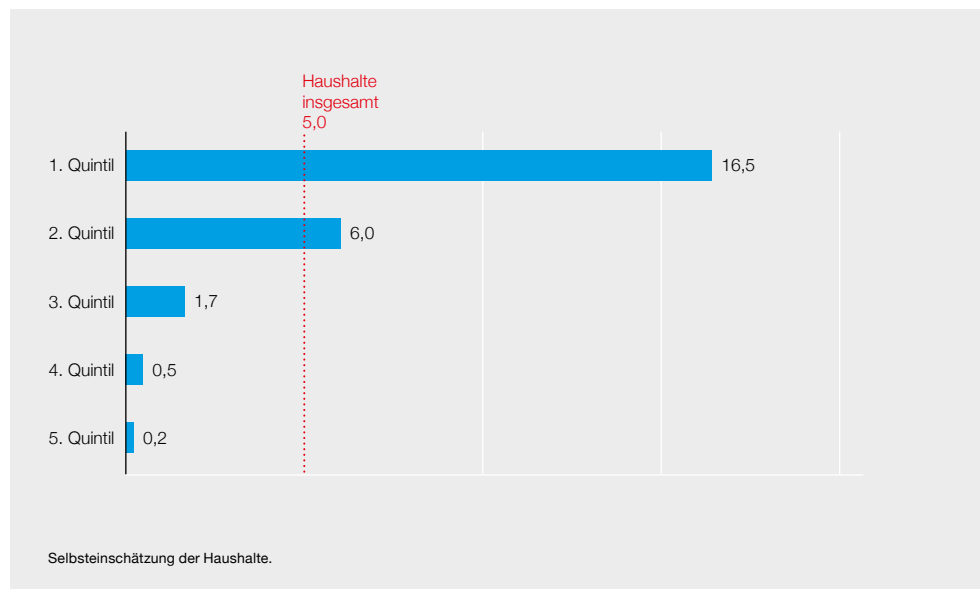
Der enge Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen eines Haushalts und der Teilhabe am allgemeinen Lebensstandard wird deutlich, wenn die

Einkommenssituation der Personen und das Vorhandensein von erheblicher materieller Entbehrung zusammen betrachtet werden. Hierfür wurde das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach angeordnet und die Bevölkerung schließlich in fünf gleich große Teile (Quintile) unterteilt. Danach waren im Jahr 2014 bei den einkommensärmsten 20% der Bevölkerung (erstes Quintil) knapp 17% von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. In der nächst höheren Einkommensschicht (zweites Quintil) traf dies für 6% zu. In den Einkommensschichten des dritten, vierten und fünften Quintils kam erhebliche materielle Entbehrung kaum vor. ► Abb 3

6.2.4 Armut oder soziale Ausgrenzung: Der AROPE-Indikator

Auf der Basis der bisher vorgestellten beiden Sozialindikatoren zur Armutsgefährdung und erheblichen materiellen Entbehrung wurde ein weiterer Sozialindikator gebildet, der heute als die zentrale statistische Kennziffer für die Messung von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung gilt: der AROPE-Indikator

► Abb 3 Erhebliche materielle Entbehrung nach Einkommensquintilen 2014 – in Prozent



(At risk of poverty or social exclusion). Bei dem AROPE-Indikator handelt es sich um einen zusammengesetzten Indikator, in dem neben Aspekten wie Armutsgefährdung, materielle Entbehrung zusätzlich die gemessene Erwerbsintensität des Haushalts berücksichtigt wird. Wie bereits dargestellt, weisen Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität auch ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko auf. Insofern wird hier angenommen, dass Haushalte mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder – ob freiwillig oder unfreiwillig (zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Krankheit) – sich in einer eher prekären Lebenslage befinden und damit eher von sozialer Ausgrenzung bedroht sind als Haushalte mit einer hohen Erwerbsbeteiligung. Rentnerhaushalte, für die eine Erwerbsbeteiligung in der Regel nicht mehr relevant ist, bleiben hier unberücksichtigt. Im Jahr 2014 lebten 10 % der Bevölkerung in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsintensität. Dieser Anteil ist trotz leichter Schwankungen seit 2008 (12 %; siehe Abbildung 1) stetig leicht zurückgegangen. ▶ Tab 4

Beim AROPE-Indikator werden alle Personen gezählt, für die mindestens eine der drei folgenden Bedingungen zutrifft:

- Das Einkommen der Person liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.
- Die Person lebt in einem Haushalt, für den erhebliche materielle Entbehrung zutrifft.
- Die Person lebt in einem Haushalt mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung (unter 20 %) der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder.

Trifft mindestens einer dieser drei Aspekte (Armutsgefährdung, erhebliche materielle Entbehrung oder sehr geringe Erwerbsbeteiligung des Haushalts) auf eine Person zu, so gilt diese Person als »armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht«. Auf der Grundlage des AROPE-Indikators war im Jahr 2014 in Deutschland jeder Fünfte (21 %) »armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht«. Bei den einkommensärmsten

▶ Tab 4 AROPE-Indikator und seine Teilaspekte – in Prozent der Bevölkerung

	2014
Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE-Indikator)	20,6
↳ Anteil der Personen mit Armutsgefährdung	16,7
↳ Anteil der Personen mit erheblicher materieller Entbehrung	5,0
↳ Anteil der Personen aus Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität	10,0

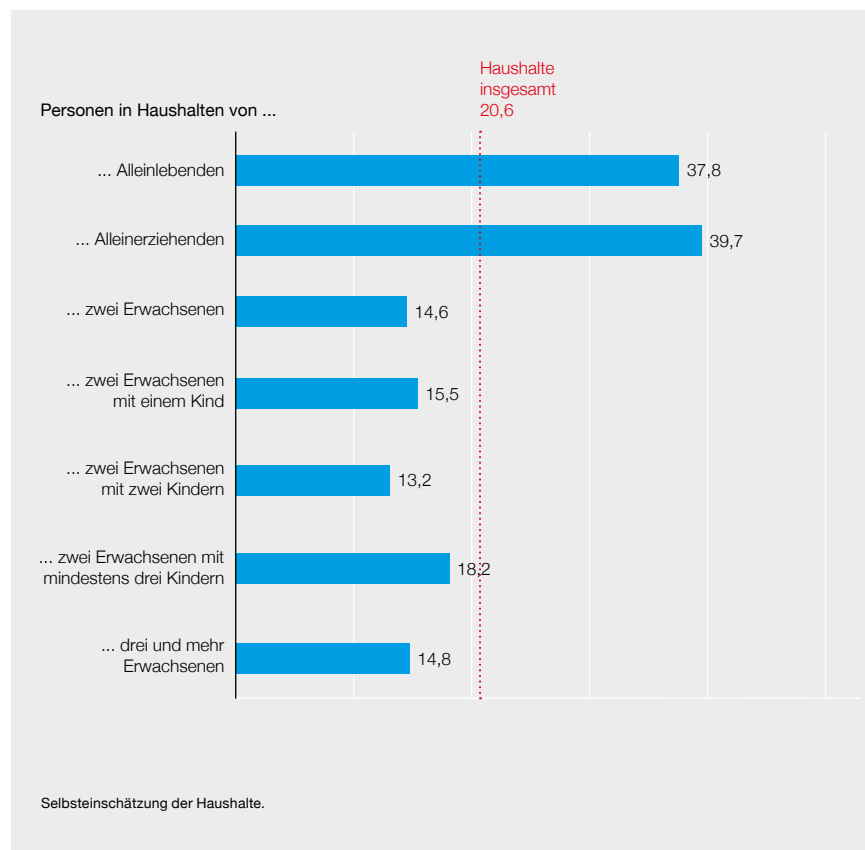
Selbsteinschätzung der Haushalte.

▶ Tab 5 Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung (AROPE-Indikator) nach Einkommensquintilen – in Prozent

	2014
Personen des ...	
... 1. Quintils	85,7
... 2. Quintils	10,4
... 3. Quintils	4,1
... 4. Quintils	2,0
... 5. Quintils	0,9

Selbsteinschätzung der Haushalte.

▶ Abb 4 Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung nach dem Haushaltstyp 2014 – in Prozent



20 % (erstes Quintil) der Bevölkerung traf dies für die deutliche Mehrheit zu: Hier waren knapp 86 % der Personen armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Im zweiten Quintil – also der nächst höheren Einkommensschicht – gab es dagegen nur noch 10 % der Personen, die armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht waren. In den höheren Einkommensschichten war der Anteil wesentlich geringer und verdeutlicht damit den engen Zusammenhang zwischen Einkommenslage, Erwerbssituation und materieller Entbehrung. ▶ [Tab 5](#)

Im Zeitverlauf ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung leichten Schwankun-

gen unterworfen. Während er im Jahr 2008 bei 20,1 % lag, wies er 2010 und 2012 mit 19,7 % und 19,6 % die bislang niedrigsten Werte auf (siehe Abbildung 1).

Die Analyse nach Haushaltstypen ergibt ähnliche Ergebnisse wie bei der ausschließlichen Betrachtung der Armutsgefährdung. Mit knapp 38 % war 2014 mehr als ein Drittel der Alleinlebenden armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Mit knapp 40 % war der Anteil bei Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden am höchsten. Bei Personen aus anderen Haushaltskonstellationen war der Anteil der von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen dagegen unterdurchschnittlich hoch. ▶ [Abb 4](#)

6.3 Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik*

*Überarbeitung der Version, die 2013 unter Mitarbeit von Roland Habich erstellt wurde.

Jan Goebel, Peter Krause
DIW Berlin

WZB/SOEP

Die Einkommen der privaten Haushalte bilden die zentralen Ressourcen der Bürger für die Sicherung des individuellen Lebensstandards und wirken sich nicht zuletzt auch auf die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft gibt somit darüber Auskunft, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung sind zwar Zugewinne in allen Einkommensgruppen zu verzeichnen, der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat sich in Deutschland jedoch erhöht.

In diesem Kapitel werden mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die langjährigen Einkommensentwicklungen in Deutschland insbesondere nach der Vereinigung für den Zeitraum 1992 bis 2014 beschrieben.¹ Neben der mittleren Einkommensentwicklung wird dabei auch die Angleichung der Ein-

kommensverhältnisse zwischen Ost und West dokumentiert. Die Einkommensungleichheit und die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut geben darüber hinaus Auskunft über die relative Schichtung der Einkommen sowie über die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland, die hier ebenfalls im zeitlichen Verlauf dargestellt werden, gibt Hinweise auf die Chancen von Einkommensaufstiegen und Risiken von Einkommensverlusten und beschreibt so auch die Durchlässigkeit und Offenheit der Einkommensschichtung. ► [Info 1](#)

6.3.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (Median) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP in Deutschland nominal von monatlich 901 Euro im Jahr 1992 auf 1 500 Euro im Jahr 2014 gestiegen, real (zu Preisen von 2014) haben sich die Monatseinkommen

► Info 1

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers. Zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und so weiter) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

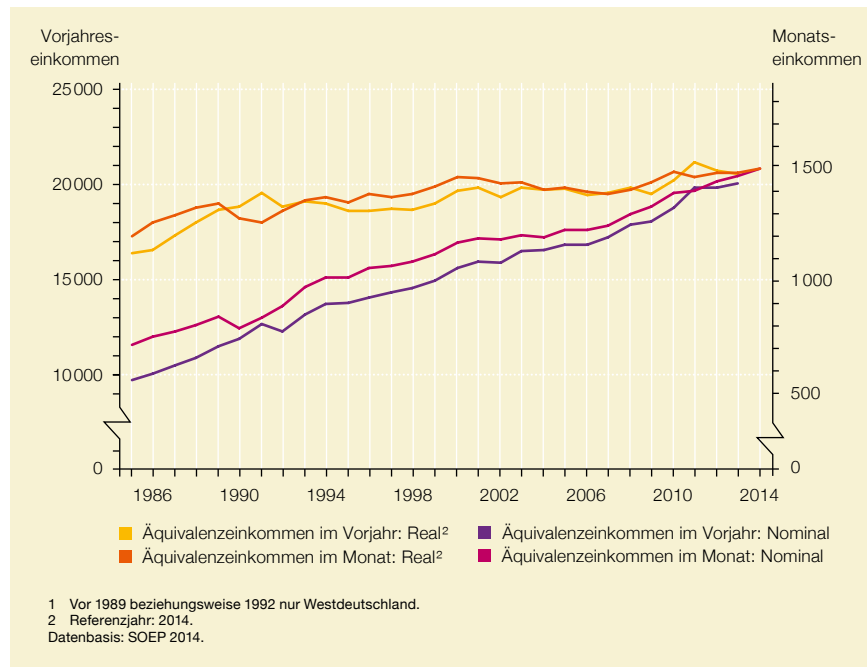
Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen ab. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb Daten zu beiden Konzepten präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in sogenannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

im selben Zeitraum von 1 315 auf 1 500 Euro erhöht. Die entsprechenden Jahreseinkommen lagen nominal im Jahr 2013 bei circa 20 000 Euro und real zu Preisen von 2014 bei 20 500 Euro.²

Während die Nominaleinkommen durchgehend stiegen, zeigten sich bei den Realeinkommen seit Beginn der 1990er-Jahre längere Phasen mit einem eher geringen Einkommenswachstum bei deutlichen konjunkturellen Schwankungen. Nach dem Vereinigungsboom und den zunächst hohen Einkommenszuwächsen in Ostdeutschland haben sich die Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wenig erhöht. Zur Jahrtausendwende erfolgte erneut ein Einkommensanstieg, gefolgt von einer längeren Phase wirtschaftlicher Rezession mit zum Teil sogar rückläufigen Einkommensentwicklungen. Bis 2010 stiegen die Einkommen wieder und verharren seitdem auf höherem Niveau als im Jahrzehnt zuvor. ▶ Abb 1

▶ Abb 1 Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland¹ 1985–2014 (Median) – in Euro



▶ Tab 1 Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1992–2014

	1992	1995	2000	2005	2010	2014
Mittelwert des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2014, in Euro)						
im Monat	1 453	1 542	1 613	1 590	1 673	1 718
im Vorjahr	20 848	20 655	22 146	22 183	23 018	23 754*
Änderungsrate (in %) ¹						
im Monat	.	6,2	4,6	-1,4	5,2	2,7
im Vorjahr	.	-0,9	7,2	0,2	3,8	3,2*
Median des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2014, in Euro)						
im Monat	1 315	1 353	1 463	1 417	1 483	1 500
im Vorjahr	18 807	18 591	19 641	19 710	20 187	20 505*
Änderungsrate (in %) ¹						
im Monat	.	2,9	8,1	-3,1	4,6	1,1
im Vorjahr	.	-1,1	5,7	0,4	2,4	1,6*
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)						
der ärmsten 20 %	10,1	9,9	10,3	9,6	9,3	9,1
der reichsten 20 %	34,5	35,5	34,5	36,1	36,5	36,9
Einkommensungleichheit						
Gini (Äquivalenzeinkommen im Monat)	0,243	0,255	0,241	0,262	0,271	0,278
Gini (Äquivalenzeinkommen im Vorjahr)	0,249	0,263	0,249	0,273	0,285	0,289*
Preisindizes ²						
Westdeutschland	70,0	75,6	80,4	86,8	93,8	100
Ostdeutschland	64,2	75,0	80,4	86,8	93,8	100

¹ Prozentuale Steigerung gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.

² Die Preisindizes beziehen sich bei Jahresangaben jeweils auf das Einkommensjahr (Vorjahr).

* Daten von 2013.

. Zahlenwert unbekannt.

Datenbasis: SOEP 2014; Destatis 2015; eigene Berechnungen.

Die Betrachtung von Mittelwerten sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Allgemeine Indikatoren zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Anteile am Gesamteinkommen nach Einkommensschichten sowie der Gini-Koeffizient. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) bis zum Jahr 2000 über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügten. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und lag im Jahre 2014 nur noch bei circa 9 %. Die reichsten 20 %

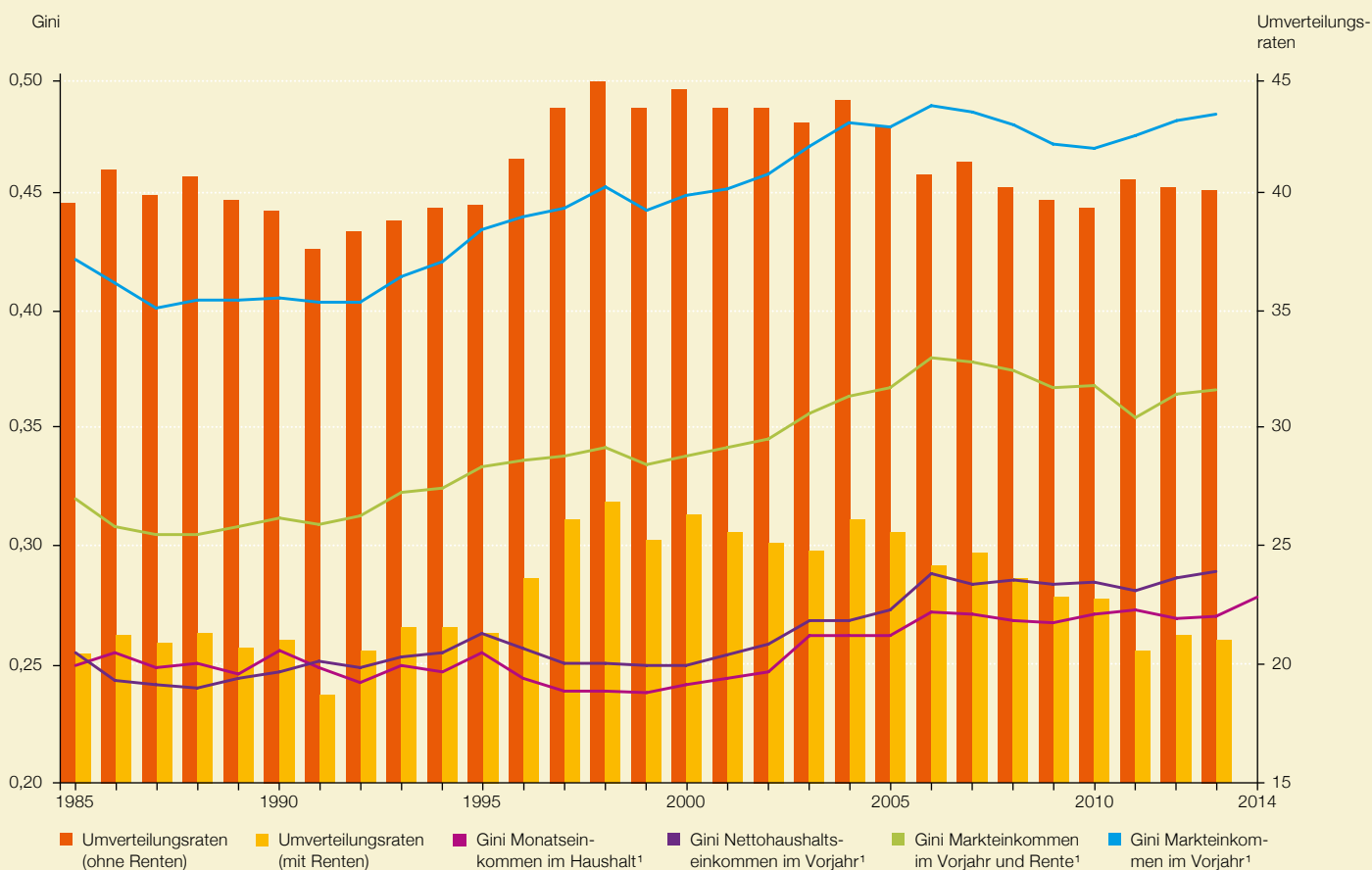
(das oberste Quintil) hatten demgegenüber bis 2000 etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er-Jahre stieg bis 2014 der Anteil allmählich auf fast 37 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit erhöht, oder um ein viel zitiertes Bild zu nutzen: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet.

Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß (siehe Kapitel 6.2, Seite 171, Info 5), hervor: Dieser hat sich bezogen auf die monatlich verfügbaren Einkommen von 0,24 im Jahr 1992 auf 0,28 im

Jahr 2014 erhöht. Die jahresbezogenen Einkommen der privaten Haushalte waren im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen: Die Ungleichheit der verfügbaren Vorjahreseinkommen stieg von 0,25 im Jahr 1992 auf 0,29 im Jahr 2013. Seit dem Millenniumswechsel ist die gesamtdeutsche Ungleichheit³ der Einkommen weiter angewachsen. Inzwischen liegt das Ausmaß der Einkommensungleichheit deutlich höher als in den beiden Dekaden zuvor. ▶ Tab 1

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto)

► Abb 2 Entwicklung der Einkommensungleichheit (Gini) bei Haushaltsnetto- und Markteinkommen 1985–2014 – in Prozent



¹ Bei Monatseinkommen von 1985 bis 1989 nur Westdeutschland; bei Vorjahreseinkommen von 1985 bis 1991 nur Westdeutschland. Datenbasis: SOEP 2014.

berechnen, die sich vor Eingriff des Staates ergeben, also ohne direkte Steuern und Sozialtransfers. Hieran wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen (mit und ohne Renten) noch erheblich stärker gestiegen ist: Der Gini-Koeffizient der in den privaten Haushalten erzielten Markteinkommen hat sich seit der Vereinigung bis 2006 stetig erhöht, war seitdem etwas rückläufig, verharrte bis 2013 aber weiterhin auf hohem Niveau. Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielten Markteinkommen hat zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte geführt. ▶ Abb 2

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen wird von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, von sozio-demografischen Veränderungen sowie von Maßnahmen im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung

bestimmt. Die relative Differenz der beiden Ungleichheits-Koeffizienten (Ungleichheit des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens) illustriert, inwieweit sozialstaatliche Eingriffe in Form von direkten Steuern und Transfers die Ungleichheit reduzieren. Im Zuge der Vereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umverteilung in den 1990er-Jahren stark an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit verringerte sich in der letzten Dekade wieder etwas, sie lag nach Einschluss der Rentenleistungen zuletzt in etwa auf dem Niveau der 1980er- und frühen 1990er-Jahre.

6.3.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher. Bei der Schichtung der Bevölkerung nach Einkommen werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen

Mittelwert betrachtet. Die unterste Einkommensschicht mit weniger als der Hälfte der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (unter 50 % des arithmetischen Mittels) lebt im Niedrigeinkommensbereich, die höchste Einkommensklasse ab dem Doppelten der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (ab 200 %) kennzeichnet den Bevölkerungsanteil mit ausgeprägtem materiellem Wohlstand. Anhand der relativen Einkommensschichtung lassen sich die bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trends differenzierter abbilden. Die Bevölkerungsanteile am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung erhöhten sich in der letzten Dekade. Entsprechend gingen die Anteile in den dazwischenliegenden mittleren Einkommensschichten insgesamt zurück. Der Rückgang der mittleren Einkommensgruppen erfolgte aber nicht linear für alle Teilgruppen gleichermaßen, vielmehr zeigen sich hierbei Schwankungen im zeitlichen Verlauf sowohl bei den

▶ Tab 2 Einkommensschichtung und Einkommensarmut 1992–2014 – in Prozent

	1992	1995	2000	2005	2010	2014
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)						
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Durchschnittswert = 100 %)						
> 200 %	3,7	3,6	3,2	4,3	4,2	4,4
> 150–200 %	9,1	7,3	8,4	7,3	8,4	9,1
> 125–150 %	9,7	9,6	11,0	9,6	10,4	9,4
> 100–125 %	19,2	18,7	15,7	18,1	16,0	15,8
> 75–100 %	26,4	27,5	31,1	26,0	25,8	24,4
> 50–75 %	24,5	24,1	22,6	24,7	24,1	24,5
≤ 50 %	7,4	9,2	8,1	10,0	11,2	12,4
Armutsschwelle: 60 % des Medians						
FGT (0) (Armutsquote)	10,3	10,8	10,9	12,6	13,9	13,9
FGT (1) (Armutslücke)	2,3	2,3	2,2	2,7	2,9	3,0
FGT (2) (Armutsintensität ¹)	0,794	0,730	0,714	0,966	0,987	1,005
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)						
Armutsschwelle: 60 % des Medians						
FGT (0) (Armutsquote)	11,2	13,3	10,4	13,9	15,0	13,9*
FGT (1) (Armutslücke)	2,5	3,3	2,4	3,2	3,6	3,3*
FGT (2) (Armutsintensität ¹)	0,960	1,404	0,888	1,248	1,355	1,237*

¹ Werte dieses Indikators liegen zwischen 0 (keine Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation) und 100 (maximale Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation).

* Daten von 2013.

Datenbasis: SOEP 2014.

über- wie auch unterdurchschnittlichen Einkommenslagen.

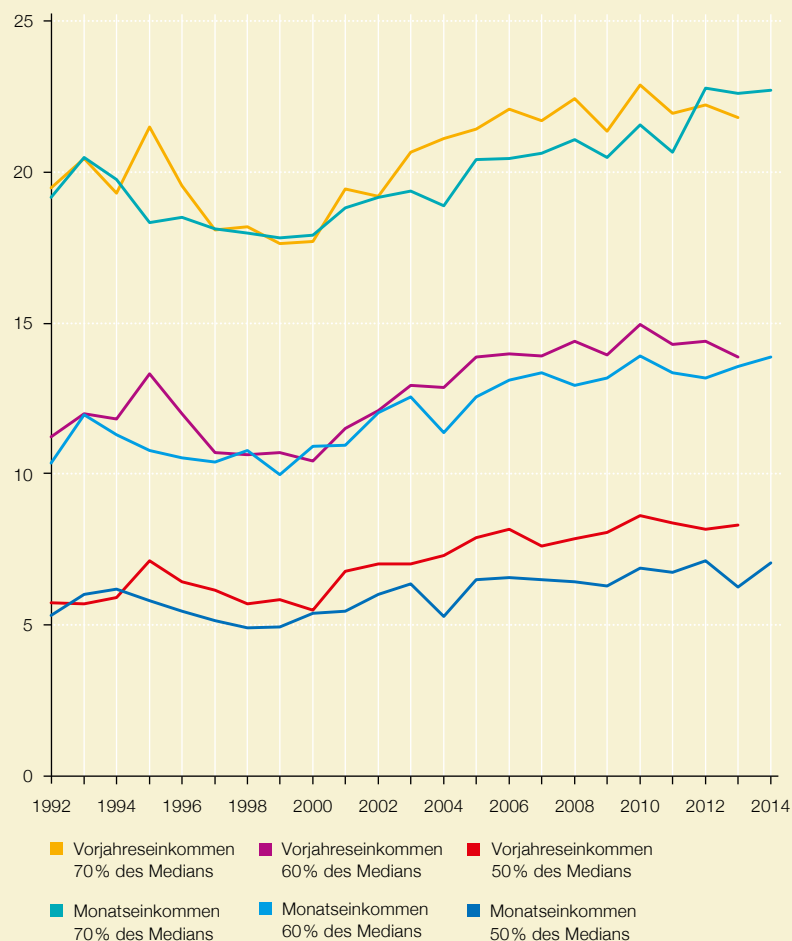
Der hier verwendete Armutsbegriff beruht wie auch die Berechnungen im vorherigen Kapitel 6.2 auf dem sogenannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Haushaltsnetto-Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevöl-

kerung beträgt.⁴ Früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Kennziffern zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem sogenannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) sind in der Einkommensschichtung mit ausgewiesenen (Tab 2 oberer Teil). Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2014. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des sogenannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote FGT(0), die den Umfang der Armutpopulation in Prozent ausweist (Incidence), werden dabei auch die Armutsintensität (Intensity) und die Armutsungleichheit (Inequality) berücksichtigt. Die Kennziffer FGT(1) entspricht der Armutslücke, das heißt dem relativen Einkommensbetrag (in Prozent des Schwellenwertes), der erforderlich wäre, um die Armutsgrenze zu überwinden. Die weitere Armutsintensität FGT(2) berücksichtigt zudem die Ungleichheit innerhalb der Armutpopulation und hebt so diejenigen innerhalb der Armutpopulation mit besonders niedrigen Einkommen stärker hervor. ▶ Tab 2

Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen lebten 13,9 % der gesamtdeutschen Bevölkerung im Jahr 2014 in Einkommensarmut. Damit blieb die Armutsrisikoquote im Vergleich zum Vorjahr stabil. Die Armutslücke FGT(1) betrug 3 % gemessen am Monateinkommen und 3,3 % bei Zugrundelegen des Jahreseinkommens, das heißt, im Durchschnitt wäre eine Einkommenssteigerung um 3 % beziehungsweise 3,3 % erforderlich gewesen, um die Armutsschwelle zu überwinden. Die längerfristige Entwicklung belegt eine deutliche Zunahme der Armutsrisiken in der zurückliegenden Dekade im Vergleich zu den 1990er-Jahren. Die Zunahme der Armutsrisiken erstreckte sich nicht nur auf die 60 %-Schwelle. Übereinstimmend weisen Monats- und Jahreseinkommen auch bei Verwendung einer strengeren Armutsschwelle (50 %-Schwelle) sowie bei Betrachtung des Niedrigeinkommensbereichs (70 %-Schwelle) in der letzten Dekade eine deutliche Erhöhung gegenüber den 1990er-Jahren auf. Alle Armuts-Indizes erhöhten sich in der letzten

► Abb 3 Bevölkerungsanteile in Niedrigeinkommen und Armut nach unterschiedlichen Schwellenwerten 1992–2014 — in Prozent



Datenbasis: SOEP 2014.

► Abb 4 Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens 1992–2014 – in Euro



Dekade, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut stieg zum Ende der letzten Dekade auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte an; zugleich entfernten sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle und die Intensität der Armut verstärkte sich. Nach 2010 setzte sich dieser Trend indes nicht in gleicher Weise fort: Armuts- und Ungleichheitsziffern stagnieren derzeit – allerdings auf höherem Niveau als noch in den beiden Dekaden zuvor. Dies gilt gleichermaßen für die Intensität von Einkommensarmut bei Monats- und Jahreseinkommen. ► Abb 3

6.3.3 Angleichung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind weiterhin

erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten – die Einkommen in Ostdeutschland liegen bei allen Einkommensniveaus unter den vergleichbaren Schwellen in Westdeutschland. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Trends.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommenschwellen der verfügbaren Haushaltseinkommen dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die mittlere Linie der Blöcke in Abbildung 4 stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung un-

ter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommenschwellen wieder, die zusammen die mittleren 50 % der Einkommen in der Bevölkerung umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die sogenannten Dezilsschwellen, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst und kennzeichnen so auch das Ausmaß an Einkommensungleichheit. ► Abb 4

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in Ostdeutschland vor allem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre bei allen Ein-

kommensgruppen schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeschlossen. Nach 2000 profitierten die unteren und mittleren Einkommen in Ostdeutschland kaum von der wirtschaftlichen Entwicklung, die Angleichung der höheren Einkommen setzte sich hingegen – wenn auch langsam – weiter fort. In den Jahren 2004 bis 2008 war somit eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten, die sich in den darauf folgenden Jahren wieder etwas verminderte.

In Westdeutschland erhöhten sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen über einen langen Zeitraum stufenweise. In Ostdeutschland waren die Einkommen von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er-Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den 2000er-Jahren stieg die Ungleichheit der ostdeutschen Einkommen vor allem infolge einer Spreizung nach unten (zwischen Median und Untergrenze des Blocks beziehungsweise zwischen Median und unterem Dezil) an und führte so zu einer Zunahme von Niedrigeinkommen und Armut. Seit 2008 lässt sich ein abermaliger Anstieg der Einkommensungleichheit – nunmehr infolge einer zunehmenden Spreizung der höheren Einkommen – beobachten. Das Ungleichheitsniveau in Ostdeutschland entsprach 2014 dem der westlichen Bundesländer in den 1980er- und 1990er-Jahren – allerdings bei niedrigerem Einkommensniveau. In den letzten Jahren nahm demnach auch in Ostdeutschland die Ungleichheit erneut zu, ohne jedoch das höhere Ungleichheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in Ostdeutschland weniger ausgeprägt ist als in den westdeutschen Bundesländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge in der geringeren Spreizung der höheren Ein-

kommen und einer gleichzeitig höheren Differenzierung der unteren Einkommen. In der letzten Dekade setzte sich die Annäherung der höheren Einkommen weiter fort, zugleich blieben aber im untersten Einkommensbereich die Abstände zwischen Ost und West auch nach der wirtschaftlichen Erholung stabil.

Weiterführende Analysen zeigen, dass bei einer regional differenzierteren Betrachtung auch innerhalb Westdeutschlands Unterschiede zutage treten (siehe Tabelle 3a); insbesondere bei den Stadtstaaten sind phasenweise erhöhte Einkommensrisiken zu beobachten. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) als eigene Kategorie erfasst.⁵ Die regionale Differenzierung auf der Ebene der Bundesländer zeigt zwar Variationen in der Einkommensverteilung und im Armutsrisiko, es wird aber deutlich, dass in Ostdeutschland das Einkommensniveau und die Einkommensungleichheit niedriger und das Armutsrisiko der Bevölkerung wesentlich höher waren als in den meisten westdeutschen Regionen.

6.3.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Armutsrisiken in der Bevölkerung erhöht. Um die Differenzierungen und Trends auch für kleine Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, in robuster Weise abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über jeweils drei Jahre gemittelt – wir betrachten dazu drei Perioden zu Beginn (2000 bis 2002), in der Mitte (2006 bis 2008) sowie am Ende der letzten 15 Jahre (2012 bis 2014). Die Armutsrisiken der erwachsenen Bevölkerung stiegen in diesen Perioden von 11 auf 13 %. Die erwachsene Bevölkerung in Ostdeutschland war dabei überproportional vom Armutsanstieg betroffen; hier stiegen die entsprechenden Armutsrisiken von 14 auf 19 %. Die

Armutsquoten in der Gesamtbevölkerung (inklusive Kinder unter 18 Jahren) liegen etwas höher bei ähnlichem zeitlichem Verlauf.

Der Anstieg der Armutsrisiken im zeitlichen Verlauf beschränkt sich nicht nur auf einzelne soziale Gruppen. Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung in den genannten Dreijahresperioden. Neben der gesamtdeutschen Darstellung wird hier in Anbetracht der erhöhten Armutsrisiken die Entwicklung in Ostdeutschland separat ausgewiesen.

Frauen waren in Gesamtdeutschland etwas stärker als Männer von Einkommensarmut betroffen. Das Armutsrisiko von Kindern im Alter bis zu 10 Jahren sowie das der Jugendlichen im Alter von 11 bis 20 Jahren stagnierte im hier betrachteten Zeitraum. In Ostdeutschland waren Kinder und Jugendliche weiterhin stärker von Armut betroffen, die Armutsrisikquoten gingen aber in beiden Gruppen nach einem Anstieg Mitte der 2000er-Jahre wieder zurück. Am höchsten waren die Armutsquoten in der letzten Untersuchungsperiode bei jungen Erwachsenen in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebte zuletzt nahezu jeder vierte Jugendliche und jeder dritte junge Erwachsene (21 bis 30 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die Altersgruppe der jungen Erwerbstätigen (31 bis 40 Jahre) war durchgehend unterdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen, wogegen sich die Armutsrisiken der älteren Erwerbstätigen erhöhten. In Ostdeutschland waren die niedrigsten Armutsquoten bei Personen über 70 Jahren zu finden. Die ostdeutsche Rentnergeneration profitiert dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme mit durchgehenden Beschäftigungsverhältnissen bei Männern und Frauen aus der Zeit vor der Vereinigung. Die Armutsrisiken der 61- bis

► **Tab 3a Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008, 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent**

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölke- rungsanteil	Armutsquote			Bevölke- rungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2012–2014	2000–2002
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Geschlecht								
Männlich	49,0	10,9	12,4	12,6	50,0	14,2	19,3	18,9
Weiblich	51,0	12,4	13,7	13,7	50,0	16,0	20,2	19,0
Alter								
Bevölkerung ab 18 Jahren	84,4	11,0	12,8	12,9	86,4	14,0	19,0	18,6
0–10 Jahre	7,1	14,1	13,4	14,7	7,8	20,7	24,4	21,2
11–20 Jahre	9,6	17,3	18,5	16,4	8,7	23,0	30,2	24,8
21–30 Jahre	12,1	15,5	18,5	20,3	13,5	20,9	27,5	32,1
31–40 Jahre	12,3	9,1	9,9	10,3	11,8	14,8	17,8	18,1
41–50 Jahre	16,0	9,4	12,5	11,0	17,1	15,3	23,3	16,2
51–60 Jahre	15,3	9,4	13,3	12,8	13,7	15,0	23,3	20,7
61–70 Jahre	12,2	10,7	9,2	12,3	13,9	8,5	9,0	18,5
Ab 71 Jahre	15,4	10,4	10,8	10,7	13,4	7,4	7,3	8,0
Migrationshintergrund								
Ohne Migrationshintergrund	74,4	9,7	11,3	11,3	93,3	14,7	19,0	18,1
Direkter Migrationshintergrund	13,0	22,7	22,0	22,2	1,8	40,3	41,9	39,6
Indirekter Migrationshintergrund	12,6	15,0	16,2	16,1	4,9	17,2	25,5	23,0
Region²								
Region Nord-West	42,7	10,5	12,1	12,7	X	X	X	X
Region Süd-West	34,4	10,8	10,9	10,4	X	X	X	X
Stadtstaaten	7,1	13,6	13,0	14,9	X	X	X	X
Region Ost	15,8	15,5	19,9	19,0	X	X	X	X
Gemeindegrößenklasse								
<2 000 Einwohner	5,5	14,5	15,9	13,2	13,4	16,2	18,0	17,2
2 000–<20 000 Einwohner	34,8	11,8	12,2	12,4	35,6	14,1	18,2	17,7
20 000–<100 000 Einwohner	27,6	10,6	13,0	12,8	24,1	17,5	23,8	22,1
100 000–<500 000 Einwohner	15,6	12,0	14,5	15,8	16,0	14,7	20,0	20,6
>500 000 Einwohner	16,6	11,2	12,4	12,9	11,0	12,0	17,7	16,8
Mieter-Status								
Eigentümerhaushalt	50,2	6,6	6,4	5,7	39,4	10,2	12,3	9,7
Mieterhaushalt	49,9	16,1	18,9	20,6	60,6	18,3	24,5	25,5

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.

2 Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg; Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEP 2014.

70-Jährigen stiegen in Ostdeutschland in den letzten Jahren sprunghaft an und lagen 2014 über dem gesamtdeutschen und etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Die Zunahme der Armutsbetroffenheit unter den älteren Erwerbstätigen sowie die stark erhöhten Armuts-

quoten der Älteren weisen auf die wachsende Altersarmut in Ostdeutschland hin.

Personen mit Migrationshintergrund waren in allen drei Zeitabschnitten einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit direktem Migrationshinter-

grund, sprich mit eigener Migrationserfahrung, wiesen darunter deutlich höhere Armutsrisiken auf, als Personen mit indirektem Migrationshintergrund. In Ostdeutschland ist die Armutsbetroffenheit bei Migranten – insbesondere bei direktem Migrationshintergrund – noch höher,

► **Tab 3b** Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008, 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2012–2014	2000–2002
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Familienstand								
Verheiratet/zusammen lebend	52,2	8,0	8,2	8,4	48,7	8,1	11,8	11,0
Verheiratet/getrennt lebend	1,5	20,2	21,4	21,0	1,5	31,2	26,8	31,5
Ledig	28,9	14,8	18,0	18,1	30,8	21,8	28,9	30,5
Geschieden	9,7	19,9	23,0	21,9	10,6	30,7	31,9	28,7
Verwitwet	7,6	10,5	10,8	10,5	8,4	7,3	7,2	6,8
Bildungsabschluss								
Hauptschule ohne Abschluss	8,9	20,9	25,5	29,4	6,6	24,7	30,0	43,9
RS, FHS, Gymnasium ohne Abschluss	3,5	11,6	14,4	16,1	3,2	20,4	33,7	28,2
Hauptschule mit Abschluss	23,4	9,6	11,2	11,8	21,4	13,8	19,2	21,0
Realschule mit Abschluss	23,7	7,7	10,5	10,2	36,4	14,4	20,0	17,6
FHS, Gymnasium mit Abschluss	9,9	10,4	11,0	11,5	6,4	18,2	15,8	18,5
Sonstiges	7,4	19,6	21,9	24,8	2,0	25,0	48,8	48,3
FH, Universität	20,8	4,2	4,9	4,3	21,6	5,1	7,3	6,3
In Lehre, Schule, Studium	2,5	16,9	17,6	19,1	2,5	20,7	28,0	31,9
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig Vollzeit	37,9	4,3	4,2	4,0	35,3	6,1	7,2	6,6
Erwerbstätig Teilzeit	18,8	12,1	12,5	12,5	12,2	17,0	20,6	19,7
Arbeitslos	6,1	37,5	54,0	61,7	13,4	41,6	63,6	72,0
In Ausbildung	3,7	21,3	23,6	25,9	4,3	24,6	27,7	40,0
Nicht erwerbstätig	33,6	12,0	11,8	13,3	34,9	10,5	12,0	13,8
Berufliche Stellung								
Un-/Angelernter Arbeiter	13,0	13,6	16,3	19,2	12,2	17,6	23,9	29,5
Facharbeiter, Meister	11,3	4,8	5,7	5,6	20,6	6,3	8,9	8,3
Selbständige	10,1	10,2	9,2	9,7	11,7	17,0	18,5	17,9
Auszubildende, Volontäre	4,4	21,4	24,0	22,1	6,3	23,8	37,1	38,9
Einfache Angestellte	14,8	6,3	10,4	12,2	14,2	9,2	15,5	16,3
Qualifizierte Angestellte	25,4	2,1	2,2	2,5	19,2	3,0	3,7	4,2
Leitende Angestellte	14,8	1,0	0,5	0,6	12,0	1,2	1,8	1,0
Einfache/mittlere Beamte	1,7	1,6	0,5	0,4	1,9	6,2	0,7	0,5
Gehobene/höhere Beamte	4,5	0,7	0,1	0,9	1,8	2,1	0,1	2,4

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.
Datenbasis: SOEP 2014.

allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weit geringer als in Westdeutschland.

Die regionale Differenzierung verdeutlicht nochmals, dass die Armutsrisiken in Ostdeutschland weiterhin höher sind als in anderen Landesteilen. Die Bundesländer im Süd-Westen Deutschlands wiesen die geringsten Armutsrisiken auf. Weniger stark unterschieden sich die Armutsrisiken zwischen Stadt und Land. Mieterhaushalte waren erwar-

tungsgemäß stärker von Armutsrisiken betroffen als Eigentümer; diese auch in Ostdeutschland ausgeprägte Diskrepanz verstärkte sich innerhalb der letzten Dekade weiter. ► [Tab 3a](#)

Verheiratet Zusammenlebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, Ledige und Geschiedene tragen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Für Personen ohne Bildungsabschluss beziehungsweise mit geringer Bildung er-

höhte sich das 2000 bis 2002 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter. Auch bei Personen mit beruflichem Bildungsabschluss stieg das Armutsrisiko leicht an.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein sehr hohes Armutsrisiko. Sie waren in den Jahren 2012 bis 2014 mit 62 % in Gesamtdeutschland und mit 72 % in Ostdeutschland die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im

► **Tab 3c Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008 und 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent**

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2012–2014	2000–2002
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Haushaltsgröße								
1-Personen-Haushalt	20,8	15,3	18,5	19,6	21,1	21,2	26,9	30,0
2-Personen-Haushalt	34,6	8,5	9,2	9,5	36,8	10,2	12,9	11,9
3-Personen-Haushalt	18,4	9,8	13,6	12,5	21,3	12,3	20,5	18,5
4-Personen-Haushalt	17,7	9,4	9,8	8,8	14,9	11,9	18,4	14,6
5- und mehr Personen-Haushalt	8,5	23,1	21,3	22,4	6,0	38,6	37,1	32,2
Alter des Haushaltsvorstands								
16–34 Jahre	14,8	16,1	17,5	20,2	17,5	21,3	25,1	32,1
35–54 Jahre	43,9	10,8	13,1	11,7	44,7	17,3	23,7	16,6
55–74 Jahre	30,3	10,6	11,3	12,7	29,1	9,8	14,5	19,2
Ab 75 Jahre	11,1	10,8	11,2	11,0	8,7	8,9	6,4	8,9
Personengruppen								
Haushaltsvorstand	54,5	11,9	13,9	14,1	54,4	15,7	20,5	20,9
(Ehe-)Partner	23,1	8,2	8,5	8,6	24,6	9,7	12,7	11,6
Kind(er) unter 18 Jahren	13,8	15,2	14,9	14,7	12,6	22,0	25,0	21,8
Kind(er) ab 18 Jahre	8,0	12,9	17,6	16,1	8,2	15,5	27,5	23,4
Weitere Haushaltsmitglieder	0,6	/	/	/	0,3	/	/	/
Haushaltstypen								
Single-Haushalt	20,8	15,3	18,6	19,6	21,1	21,2	26,9	30,0
Partner-Haushalt	30,6	6,5	7,0	7,4	32,0	6,9	9,2	9,6
Familien-Haushalt	29,1	11,6	11,3	11,3	26,5	15,6	18,9	16,0
Ein-Eltern-Haushalt	4,9	32,7	36,6	32,5	5,3	43,1	50,5	35,9
Post-Eltern-Haushalt	13,7	9,4	14,1	12,6	14,7	10,3	22,8	20,5
Anderer Haushalt	1,0	/	/	/	0,4	/	/	/
Haushalts- / Lebenszyklus								
<i>Haushaltsvorstand 16–34 Jahre</i>								
Single-Haushalt	4,1	20,7	25,3	29,1	4,7	30,6	34,7	46,5
Paar-Haushalt (ohne Kind)	3,8	7,1	8,7	7,3	2,7	15,5	10,8	10,6
<i>Haushaltsvorstand 35–54 Jahre</i>								
Single-Haushalt	5,4	12,7	18,0	17,1	5,9	27,1	31,3	30,2
Paar-Haushalt (ohne Kind)	5,8	4,0	6,0	3,7	7,0	10,0	15,8	8,8
<i>Haushalt mit Kind(ern) unter 18 Jahren</i>								
Paar-Haushalt mit 1 Kind	12,5	8,4	11,0	10,6	14,5	12,0	15,9	13,6
Paar-Haushalt mit 2 Kindern	12,0	10,0	9,6	8,9	9,0	12,1	19,4	13,5
Paar-Haushalt ab 3 Kindern	4,6	22,3	16,7	19,4	3,1	38,8	31,4	29,7
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	3,0	26,9	35,7	30,8	3,2	37,1	55,0	32,8
Ein-Eltern-Haushalt ab 2 Kindern	1,9	41,6	37,7	35,1	2,1	55,4	43,9	39,7
Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren	13,7	9,4	14,1	12,6	14,7	10,3	22,8	20,5
<i>Haushaltsvorstand 55–74 Jahre</i>								
Paar-Haushalt ohne Kind	15,1	7,1	6,7	8,6	17,8	5,3	7,6	11,3
Single-Haushalt	6,8	15,2	17,6	19,5	6,8	19,4	27,2	29,0
<i>Haushaltsvorstand ab 75 Jahre</i>								
Paar-Haushalt (ohne Kind)	5,9	7,4	8,1	7,8	4,6	3,7	4,4	5,4
Single-Haushalt	4,4	13,5	14,1	14,5	3,7	11,8	9,6	13,3
Sonstige Haushalte ²	1,0	/	/	/	0,4	/	/	/

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.

² Haushalte, in denen weitere Personen (zum Beispiel Schwiegereltern) leben.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: SOEP 2014.

Vergleich zu 2000 bis 2002 – also vor der Arbeitsmarktreform – erhöhte sich die Quote nochmals erheblich. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitwerbstätigen sowie die mittlere Armutsquote bei Nichterwerbstätigen hielten sich gegenüber dem Jahr 2000 bis 2002 im Niveau.

Nach den Auszubildenden und Volontären fanden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen erhöhte sich das Armutsrisiko 2012 bis 2014 gegenüber 2000 bis 2002. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befanden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten stieg das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 deutlich, wohingegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko trugen. Die in der letzten Dekade zunehmenden Armutsquoten betrafen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung demzufolge insbesondere gering qualifizierte Arbeiter und einfache Angestellte. ▶ Tab 3b

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass in den letzten zehn Jahren das Armutsrisiko eher bei Haushalten mit jüngeren Haushaltsvorständen sowie Single-Haushalten stieg. In Ostdeutschland ist zudem ein Anstieg der Armutsquoten beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familienhaushalten mit mehr als drei Kindern sowie vor allem bei Haushalten von Alleinerziehenden zu finden. Fast ein Drittel der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden lebten in Deutschland zuletzt in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der Anstieg der Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Paarhaushalte ohne Kinder wiesen ein geringes Armutsrisiko auf. Bei Singlehaushalten im Alter von 55 bis 74 Jahren sowie im Alter ab 75 Jahren erhöhte sich das Armutsrisiko im Laufe der zurück-

liegenden Dekade, wobei dieser Anstieg in Ostdeutschland besonders ausgeprägt war. Ungeachtet der insgesamt niedrigen Altersarmut gab es offenkundig innerhalb der Älteren wiederum Gruppen mit wachsenden Armutsrisiken. ▶ Tab 3c

6.3.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität beziehungsweise die Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung beziehungsweise Ver-

schlechterung der materiellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, inwieweit es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen abzurutschen. Diese Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann unter anderem durch sogenannte Mobilitätsmatrizen berechnet

▶ Tab 4 Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen¹ im Zeitverlauf
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt – in Prozent

Von der Bevölkerung im Ausgangsquantil (zum Beispiel 1. Quintil) im Jahr A waren vier Jahre später, im Jahr B, X % der Bevölkerung im Übergangsquantil (zum Beispiel 2. Quintil)				
Ausgangsquantil	Übergang in Quintil	1992–1996	2002–2006	2010–2014
1. Quintil	1. Quintil	54	61	63
1. Quintil	2. Quintil	24	23	21
1. Quintil	3. Quintil	11	9	7
1. Quintil	4. Quintil	7	4	4
1. Quintil	5. Quintil	3	2	5
2. Quintil	1. Quintil	24	25	24
2. Quintil	2. Quintil	35	40	42
2. Quintil	3. Quintil	23	20	21
2. Quintil	4. Quintil	13	11	11
2. Quintil	5. Quintil	4	4	2
3. Quintil	1. Quintil	11	9	8
3. Quintil	2. Quintil	25	20	30
3. Quintil	3. Quintil	34	41	39
3. Quintil	4. Quintil	23	23	19
3. Quintil	5. Quintil	7	7	4
4. Quintil	1. Quintil	7	5	3
4. Quintil	2. Quintil	11	10	8
4. Quintil	3. Quintil	22	22	24
4. Quintil	4. Quintil	36	41	46
4. Quintil	5. Quintil	24	22	19
5. Quintil	1. Quintil	3	3	1
5. Quintil	2. Quintil	4	4	3
5. Quintil	3. Quintil	9	7	5
5. Quintil	4. Quintil	22	21	24
5. Quintil	5. Quintil	62	66	67

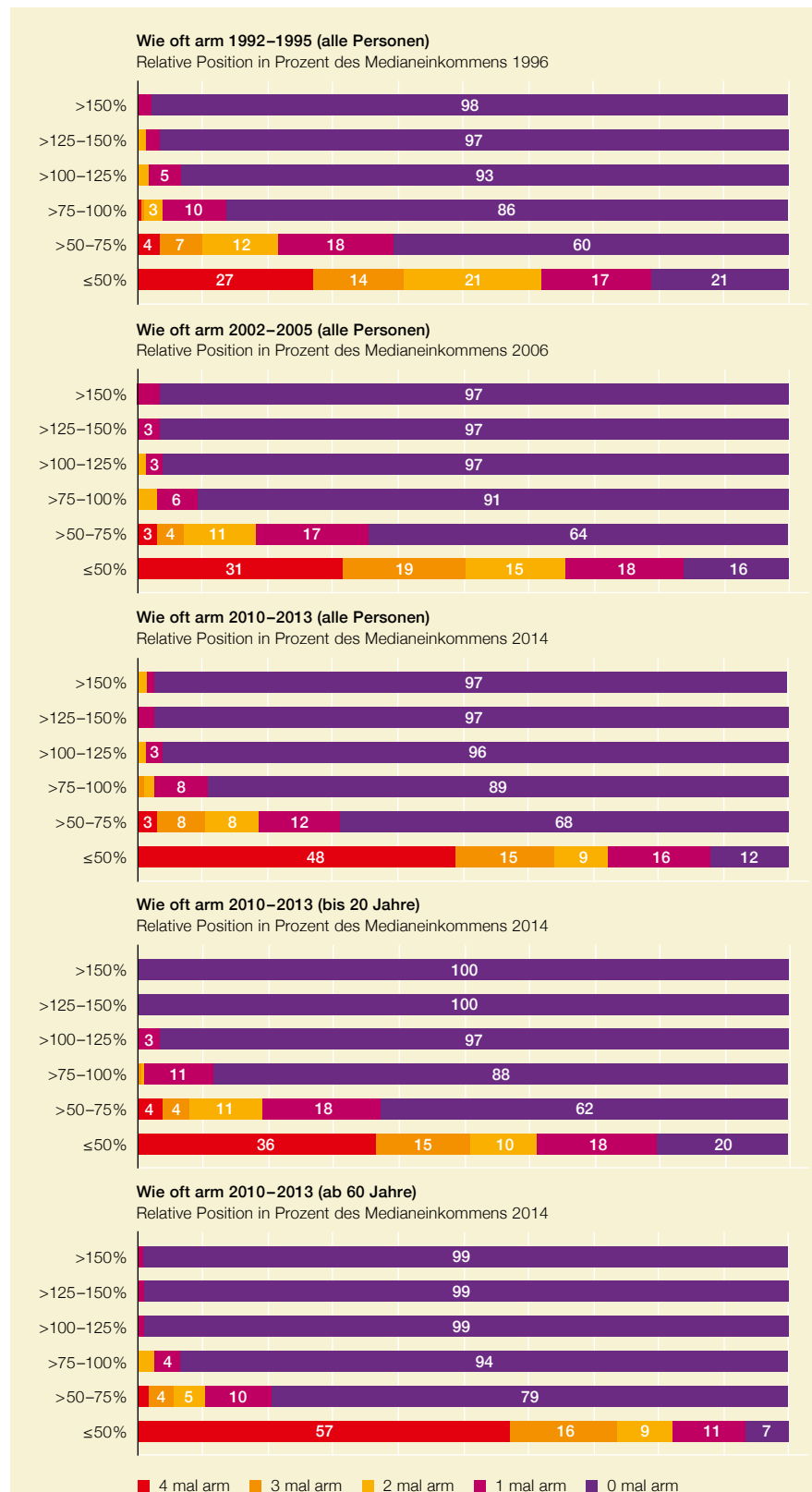
¹ Quintil = 20% der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung.
1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.
Datenbasis: SOEP 2014.

und dargestellt werden. Hierbei wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben, beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist.

Um die Mobilitätsmuster bei längeren Zeitabständen darzustellen, werden Verbleib und Übergänge in und aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand zu drei verschiedenen Perioden betrachtet: 1992–1996, 2002–2006 sowie 2010–2014. Das Risiko, während der vier Folgejahre im untersten Quintil zu verbleiben, erhöhte sich deutlich von 54 % in den 1990er-Jahren auf 63 % in 2010-2014. Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen verringerte sich entsprechend. Auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil erhöhte sich im hier betrachteten Zeitraum. In beiden Quintilen ging dies zeitweilig damit einher, dass weniger Personen in höhere Einkommensschichten aufstiegen. Der Verbleib in den obersten Einkommensquintilen erhöhte sich ebenfalls, die Risiken des Abstiegs in untere Einkommenslagen sanken. Ungeachtet der zeitweise variierenden Übergangsquoten verringerten sich im Verlauf der letzten beiden Dekaden die Aufstiegschancen der unteren Einkommensgruppen insgesamt eher, während sich die Einkommensrisiken im unteren Einkommensbereich erhöhten. Im oberen Einkommensbereich verringerten sich hingegen die Abstiegsrisiken und der Verbleib in den oberen Einkommensschichten nahm zu. Weiterführende Analysen mit zusätzlichen zusammenfassenden Mobilitätskennziffern bestätigen, dass die Einkommensschichten weniger durchlässig geworden sind. ▶ Tab 4

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Einkommensarmut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder in einem anderen Haushalt gemacht wurden.⁶ Die Grafiken weisen die zurückliegenden

► Abb 5 Armutsdynamik im zeitlichen Verlauf – in Prozent



Datenbasis: SOEP 2014.

individuellen Armutserfahrungen für die Ausgangsjahre 1996, 2006 und 2014 aus; für das Jahr 2014 werden diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt. ► [Abb 5](#)

Von den Personen, die im Jahr 2014 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, waren 88 % bereits in den vier Vorjahren (2010 bis 2013) zumindest einmal von Armut betroffen, darunter war fast die Hälfte in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzte sich im Jahr 2014 demnach in folgender Weise zusammen: 48 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 40 % erlebten in den zurückliegenden vier Jahren Ein- und Ausstiege in und aus Armut und weitere 12 % befanden sich zuvor nicht im prekären Einkommensbereich. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommenschichtung im Jahr 1996 noch in folgender Weise zusammen: nur 27 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf und weitere 21 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, nahm vor allem in den letzten zehn Jahren stark zu, wobei insbesondere mehrfache und dauerhafte Armutsepisoden in dieser Einkommensschicht weiter anstiegen.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) lebte etwa ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze – mit leicht rückläufiger Tendenz. Kurzfristige Armutserfahrungen reichten bis in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen fanden sich noch etwa 3 %, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt erhöhten sich insbesondere die Risiken anhaltender Armutsepisoden, folglich verringerten sich die Chancen Armutsepisoden zu überwinden.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befanden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in relativer Einkommensarmut als Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an zumeist eher kurzen Armutserfahrungen im untersten und zweiten Einkommenssegment bemerkenswert. Ältere wiesen zwar insgesamt im Querschnitt im Allgemeinen keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen auf, allerdings trugen Ältere im unteren Einkommensbereich ein hohes Risiko länger im prekären Bereich zu verbleiben.

- 1 Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier nur rein monetäre Einkünfte betrachtet; Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Unterhaltsleistungen und Ähnliches
- 2 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2010 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.
- 3 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er-Jahre zunächst gesunken.
- 4 Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutsrisiko gesprochen, da Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird häufig der Begriff Armutsrisikoquote genutzt; wir verwenden in diesem Kapitel die Begriffe Armutsquote und Armutsrisikoquote synonym.
- 5 Die Definition Ostdeutschland ist bei der Regioneinteilung nach Bundesländern ohne Berlin-Ost, bei der Gegenüberstellung von Gesamtdeutschland mit Ostdeutschland aber inklusive Berlin-Ost; dadurch ergibt sich die leicht unterschiedliche Armutsquote für Region Ost und Ostdeutschland.
- 6 Die aktuelle Einkommensschichtung wird anhand der Relation zum arithmetischen Mittel abgebildet, die zurückliegende Armutserfahrung wird als kumulative Messung (n-mal von Armut betroffen) unterhalb der Armutsgrenze von 60 % des jeweils jahresspezifischen gesamtdeutschen Medians berechnet.

6.4 Private Vermögen – Höhe, Entwicklung und Verteilung

Markus M. Grabka,
Christian Westermeier
DIW Berlin

WZB/SOEP

Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozio-ökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt (zum Beispiel am Jahresende) bestimmt wird; Einkommen stellt dagegen eine Stromgröße dar, die pro Periode (beispielsweise Jahr oder Monat) gemessen wird.

Das aggregierte Volksvermögen einer Gesellschaft kann von verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft gehalten werden, die auch Letzteigentümersektoren genannt werden. Dies sind der Staat, das Ausland und die privaten Haushalte inklusive den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Im Folgenden wird eine Beschreibung der Höhe, Entwicklung und Verteilung der Vermögen der privaten Haushalte präsentiert; detaillierte Informationen zu den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck liegen in Deutschland nicht vor.

Aus der Sicht der privaten Haushalte spricht man von sieben Funktionen, die private Vermögen erfüllen können: Aus Vermögen kann Einkommen in Form von Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten und ausgeschütteten Gewinnen erzielt werden (Einkommenserzielungsfunktion); Sachvermögen kann selbst genutzt werden (Nutzungsfunktion); durch Aufbrauchen von Vermögen kann der Konsum bei Einkommensausfällen stabilisiert werden (Sicherungsfunktion); Vermögen kann verschenkt und vererbt werden (Vererbungsfunktion); Vermögen spielt auch bei der Erziehung und Ausbildung von Kindern oft eine wichtige Rolle (Sozialisationsfunktion). Der Besitz von insbesondere höherem Vermögen gewährt gesellschaftliches Prestige und damit einen höheren Rang in der gesellschaftlichen Hierarchie (Prestigefunktion); und schließlich verleiht Vermögen, insbesondere der Besitz von größerem Produktivvermögen, wirtschaftliche und gegebenenfalls auch politische Macht

(Machtfunktion). Aus dieser Vielzahl an Einzelfunktionen, die weit über jene des laufenden Einkommens hinausgehen, lässt sich das besondere ökonomische und gesellschaftliche Interesse an Vermögen und dessen Verteilung ableiten.

6.4.1 Nettovermögen

Das im Folgenden präsentierte Nettovermögen setzt sich aus dem Bruttovermögen abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten zusammen. Die Komponenten des Bruttovermögens sind das (1) selbst genutzte Wohneigentum, (2) sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- und Wochenendwohnungen), (3) Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- und Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile), (4) Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- und private Rentenversicherungen einschließlich sogenannter Riesterverträge), (5) Bausparverträge, (6) Betriebsvermögen (Besitz von Einzelunternehmen und Beteiligung an Personen- oder Kapitalgesellschaften; nach Abzug von betrieblichen Verbindlichkeiten) sowie (7) Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände. Die gesamten Verbindlichkeiten bestehen aus den (8) Hypothekenkrediten auf selbst genutzte Immobilien, (9) Hypothekenkrediten auf sonstige Immobilien sowie (10) Konsumentenkrediten. In dem hier verwendeten Nettovermögen werden Teile des Realvermögens nicht berücksichtigt. Dies betrifft unter anderem den Wert des Hausrats einschließlich des Werts von Fahrzeugen, Bargeld und Eigentumsrechte an Patenten. Darüber hinaus sind Anwartschaften an Alterssicherungssystemen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenpensionen, berufsständischen Versorgungswerken oder Betriebsrenten nicht enthalten.

Im Jahr 2012 hatten die privaten Haushalte in Deutschland (ohne die Anstaltsbevölkerung in beispielsweise Alters- oder Studentenheimen) ein aggregiertes Bruttovermögen von rund 7,4 Billionen

Euro, wobei Grund- und Immobilienbesitz mit 5,1 Billionen Euro den überwiegenden Anteil ausmachte. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte beliefen sich nach dieser Abgrenzung im Jahr 2012 auf gut 1,1 Billionen Euro, vorrangig bestehend aus Hypothekenkrediten in Höhe von knapp einer Billion Euro. Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug damit im Jahr 2012 rund 6,3 Billionen Euro.

Das durchschnittliche Nettovermögen je Erwachsenen (Personen ab 17 Jahren) lag 2012 bei gut 83 000 Euro. Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert der die reichsten 50 % der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, war mit knapp 17 000 Euro wesentlich niedriger als der Durchschnitt – ein Indiz für die ungleiche Verteilung des Vermögens. Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein nennenswertes Vermögen – bei 7 % aller Erwachsenen waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen.

Das reichste Prozent der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 800 000 Euro. Dieser Wert dürfte aber unterschätzt sein, da in freiwilligen Bevölkerungsbefragungen typischerweise Multimillionäre kaum und Milliardäre nicht erfasst werden. Ge-

genüber 2002 zeigen sich nur wenige bedeutende Veränderungen. Eine Ausnahme ist, dass der Anteil der Personen, die ein negatives Nettovermögen halten, zwischen 2002 und 2007 angestiegen und bis 2012 auf diesem Niveau verblieben ist. Nominal wurde im betrachteten Zeitraum nur ein leichter Anstieg der mittleren Vermögenshöhe beobachtet. ▶ Tab 1

Zwischen den beiden Landesteilen bestehen weiterhin markante Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens. Während in Westdeutschland im Jahr 2012 jeder Erwachsene ab 17 Jahren im Durchschnitt über mehr als 93 000 Euro Vermögen verfügte, belief sich dieses für in Ostdeutschland lebende Personen nur auf rund 41 000 Euro – dies entspricht weniger als der Hälfte des westdeutschen Wertes. Gemessen am Median war das Gefälle noch größer – im Westteil des Landes lag er bei 21 000 Euro, im Osten bei nur 8 000 Euro. Zudem lag der Anteil der Personen mit einem Nettovermögen von Null im Jahr 2012 mit knapp 22 % etwas höher als im Westteil des Landes mit rund 20 %. Auch der Anteil der Personen mit negativem Nettovermögen (das heißt, die Verbindlichkeiten sind höher als das Bruttovermögen) war in Ostdeutschland mit knapp 9 % etwas höher als in Westdeutschland mit 7 %.

Im Zeitraum 2002 bis 2012 sind die durchschnittlichen Nettovermögen in Ostdeutschland dagegen schneller gewachsen als in Westdeutschland. Eine Rolle hierfür dürfte die Erholung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gespielt haben. Haben die Haushalte höhere Einkommen zur Verfügung, verbessern sich die Möglichkeiten, zu sparen und Vermögen zu akkumulieren. Hinzu kommt, dass eine Belebung des Arbeitsmarktes auch eine zunehmende Nachfrage nach selbstgenutzten Immobilien bewirkt, deren Marktpreise entsprechend steigen.

6.4.2 Vermögensungleichheit

Ein Standardmaß zur Messung von Vermögensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Dieser ist auf den Wertebereich zwischen Null (vollkommene Gleichverteilung) und Eins (vollkommene Ungleichverteilung) normiert, das heißt, je höher der Wert ist, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Für 2012 ergab sich ein Koeffizient von 0,78. In Deutschland war die Ungleichheit der Vermögensverteilung damit im Vergleich zur Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen mehr als doppelt so hoch (siehe Kapitel 6.3.1, Seite 179, Tab 1). Innerhalb der Eurozone wies Deutschland neben Österreich die höchste Vermö-

▶ Tab 1 Vermögensungleichheit in Deutschland: Individuelle Nettovermögen¹ 2012

	Deutschland insgesamt			West			Ost		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012	2002	2007	2012
Mittelwert (in Euro)	79 941	81 089	83 308	90 004	93 651	93 790	36 713	32 007	41 138
p99 ² (in Euro)	759 969	787 500	817 279	834 853	897 841	876 050	341 657	274 704	399 820
Median (in Euro)	15 000	14 818	16 663	19 800	18 910	21 200	7 500	7 100	8 080
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen <0 (in %)	5,2	7,4	7,4	5,0	7,1	7,1	6,0	8,5	8,9
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen = 0 (in %)	20,6	19,7	20,2	20,6	19,3	19,8	20,7	21,0	21,9
Gini-Koeffizient	0,776	0,799	0,780	0,761	0,784	0,768	0,816	0,823	0,792
90:50 Dezilsverhältnis	14,0	14,0	13,0	11,9	12,7	11,3	14,0	12,8	13,8

¹ Personen ab 17 Jahre in Privathaushalten, mit 0,1 % Top-Coding.

² 99. Perzentil. 99 % aller Vermögen liegen unterhalb dieses Werts, 1 % darüber.
Datenbasis: SOEP 2012.

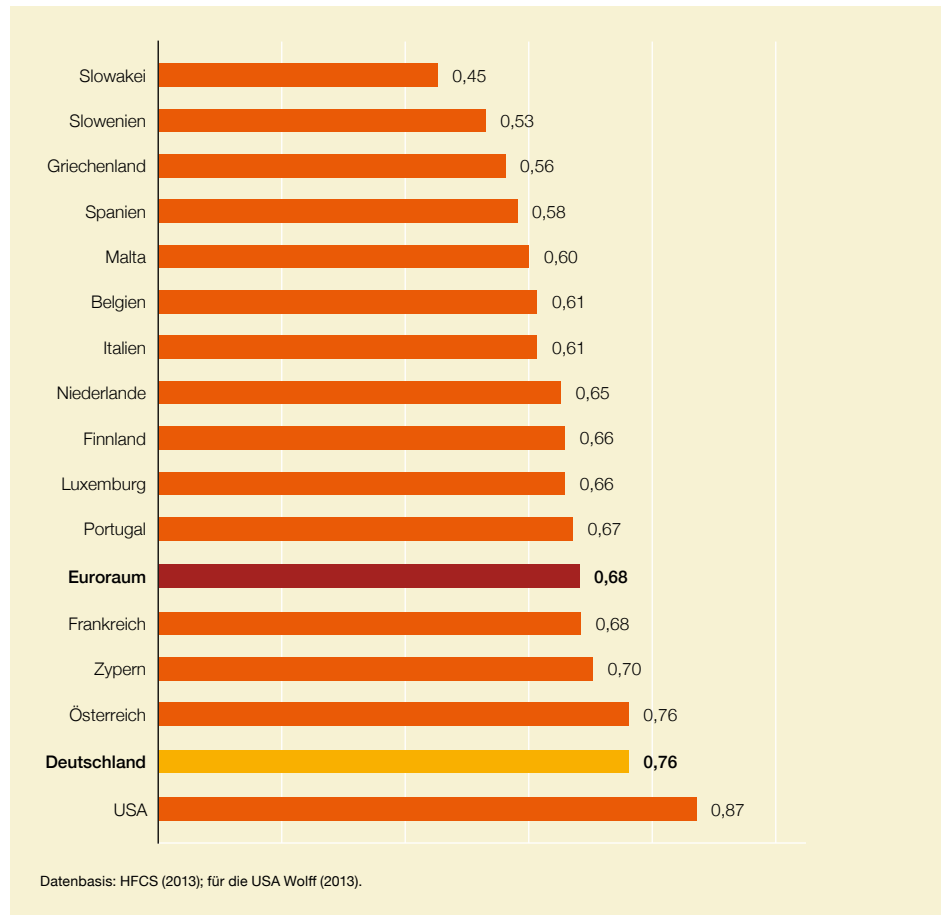
gensungleichheit auf. So lag der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45. Höher als in Deutschland war die Vermögensungleichheit in den USA (Gini-Koeffizient von 0,87 für das Jahr 2010). ▶ **Abb 1**

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90:50-Dezilsverhältnis. Das Vermögen der Person, welche die reichsten 10 % von den ärmeren 90 % trennt, wird dabei in Beziehung zum Median der Vermögensverteilung gesetzt. Diese Kennziffer gibt das Vielfache des Vermögens »reicher« Personen im Verhältnis zum Mittelpunkt der Vermögensverteilung an. Im Jahr 2012 lag dieser Faktor bei 13. Alternativ lässt sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung auch grafisch darstellen. Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe der Nettovermögen und teilt sie in zehn gleich große Gruppen ein, erhält man Vermögensdezile. Der Wert des ersten Dezils gibt somit an, welchen Anteil am gesamten Nettovermögen die ärmsten 10 % der Bevölkerung hatten. Im Jahr 2012 war dieser Wert negativ, da diese Gruppe im Durchschnitt über negative Nettovermögen verfügte. Fasst man die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen, so belief sich deren Anteil am gesamten Nettovermögen nur auf 0,1 %, die unteren 70 % der Bevölkerung kamen zusammen nur auf einen Anteil von rund 10 %. Im Gegensatz dazu hielten die Personen des obersten Dezils allein einen Anteil von rund 58 %. ▶ **Abb 2**

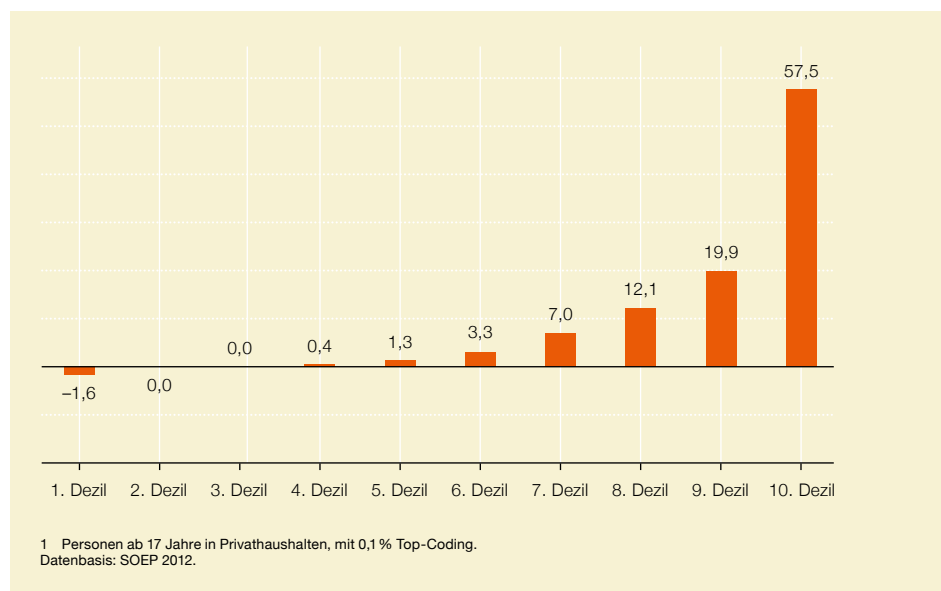
6.4.3 Vermögensportfolio

Die Betrachtung reiner Nettogrößen verdeckt im Allgemeinen wichtige Strukturunterschiede sowohl bezüglich der Zusammensetzung des Vermögens als auch bezüglich eventueller Verbindlichkeiten. So kann ein niedriges Nettovermögen das Ergebnis eines hohen Bruttovermögens bei gleichzeitig hohem Schuldenstand sein (zum Beispiel bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims) oder es kann schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken. Auch im Zuge der aktuellen Finanzmarktkrise der Jahre 2008/09

▶ **Abb 1 Vermögensungleichheit im internationalen Vergleich – Gini-Koeffizient**



▶ **Abb 2 Anteil am gesamten Nettovermögen¹ nach Bevölkerungsdezilen Deutschland 2012 – in Prozent**



kann erwartet werden, dass private Haushalte ihr Vermögen in weniger risikobehaftete Anlagen umschichten oder gar auflösen müssen, um Einkommensausfälle zum Beispiel im Falle von Arbeitslosigkeit zu kompensieren.

Knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung besaß im Jahr 2012 Geldvermögen (47 %) oder Vermögen in Form von privaten Versicherungen und Bausparverträgen (50 %). Gegenüber 2002 hat der Verbreitungsgrad von privaten Versicherungen etwas zugenommen. Dies dürfte unter anderem auf die Anfang 2000 eingeführten »Riesterverträge« zurückzuführen sein, die seitdem vermehrt abgeschlossen werden. Dies hat auch zur Folge, dass der Anteil der Personen ohne jegliches Bruttovermögen zwischen 2002 und 2012 um 6 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Mehr als ein Drittel aller Erwachsenen (ab 17 Jahren) in Deutschland war im Jahr 2012 (Mit-)Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie. Sonstige Immobilien wurden hingegen nur von 10 % der erwachsenen Bevölkerung gehalten. Wenig verbreitet waren Wertsachen und

Betriebsvermögen mit einem Anteil von deutlich weniger als 10 %. Verbindlichkeiten lagen bei knapp einem Drittel der Bevölkerung vor, vorwiegend bestehend aus Hypothekenkrediten auf selbstgenutzte Immobilien und Konsumentenkrediten. Seit 2002 hat die Verbreitung von Konsumentenkrediten mit einem Zuwachs von 4 Prozentpunkten leicht zugenommen. Es kann vermutet werden, dass der Anstieg auch von günstigen Finanzierungsangeboten für Konsumgüter infolge der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank begünstigt wurde.

Bezogen auf alle Erwachsenen war selbst genutztes Wohneigentum die quantitativ bedeutendste Vermögensform, da mehr als 60 % des Nettovermögens auf diese Vermögensform entfielen. Geldvermögen wiesen zwar eine hohe Verbreitung in der Bevölkerung auf, gemessen am gesamten Nettovermögen kam dieser Vermögenskomponente aber nur ein Anteil von 16 % im Jahr 2012 zu. Von etwas größerer quantitativer Relevanz war dagegen der sonstige Immobilienbesitz mit einem Anteil von 18 %.

Gemessen am Nettovermögen waren auch die Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien bedeutsam (11 %).

Betrachtet man nur die Population derjenigen, die eine bestimmte Vermögenskomponente halten, so waren 2012 die höchsten Werte beim Betriebsvermögen mit durchschnittlich knapp 200 000 Euro zu beobachten. Der entsprechende Wert selbst genutzter Immobilien belief sich auf rund 140 000 Euro. Das Portfolio des sonstigen Immobilienbesitzes wurde im Durchschnitt mit mehr als 150 000 Euro bewertet. Ein deutlicher Zuwachs ist beim Geldvermögen zu beobachten. Im Jahr 2002 lag dieser Wert noch bei etwa 22 000 Euro und ist bis 2012 auf knapp 29 000 Euro gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass unter anderem der Wertzuwachs von Aktien hierzu beigetragen hat. Ein deutlicher Zuwachs von rund 8 000 Euro ist auch bei den Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien zu beobachten, die sich 2012 im Durchschnitt auf 55 000 Euro summierten. Auch hier kann vermutet werden, dass die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank dafür gesorgt hat, dass verstärkt Hypotheken zur Finanzierung von Immobilien herangezogen wurden. Insgesamt belegen die präsentierten Befunde, dass keine nachhaltigen und dauerhaften Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Vermögensportfolio der Privathaushalte in Deutschland festgestellt werden können. Dies kann vorrangig damit erklärt werden, dass die Finanzmarktkrise zwar kurzfristig zu Buchverlusten bei den Privathaushalten führte, die Wertpapiermärkte sich aber bis zum Jahr 2012 wieder nahezu vollständig von der Krise erholten. ▶ Tab 2

Ein Vergleich des Nettovermögens nach Altersklassen zeigt für Westdeutschland ein deutliches Lebenszykluspuster: Bis zu einem Alter von 25 Jahren verfügten junge Erwachsene im Jahr 2012 nur über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7 000 Euro. Mit Abschluss der Ausbildungsphase und dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht

38 %

aller Erwachsenen in Deutschland waren im Jahr 2012 (Mit-)Eigentümer einer selbstgenutzten Immobilie.



► **Tab 2 Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens¹ in Deutschland 2002, 2007, 2012**

	Anteil der Besitzer in der erwachsenen Bevölkerung			Vermögensportfolio des Nettovermögens			Je erwachsenen Vermögensbesitzer		
	in %			in %			Mittelwert in Euro		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012	2002	2007	2012
Bruttovermögen	70	74	76	119	120	119	131 504	131 525	132 596
Selbstgenutztes Wohneigentum	38	36	38	62	59	63	138 752	138 354	141 085
Sonstige Immobilien	10	10	10	20	21	18	171 980	175 943	155 553
Geldvermögen	46	48	47	12	15	16	22 306	26 889	28 996
Betriebsvermögen	4	4	4	11	11	9	212 347	222 933	191 368
Wertsachen	9	6	6	2	2	1	18 089	22 452	15 438
Versicherungen und Bausparverträge	48	52	50	11	12	11	19 569	19 718	18 634
Versicherungen ²	.	40	39	.	9	8	.	18 401	16 678
Bausparvermögen ²	.	29	29	.	3	3	.	9 894	9 931
Schulden	28	31	32	19	20	19	53 040	51 362	50 079
Hypotheken auf selbstgenutzte Immobilien	19	18	18	10	11	11	47 412	53 635	55 314
Hypotheken auf sonstige Immobilien	4	4	4	5	5	4	103 344	105 391	89 380
Konsumentenkredite	12	16	16	3	3	3	21 407	14 853	14 691

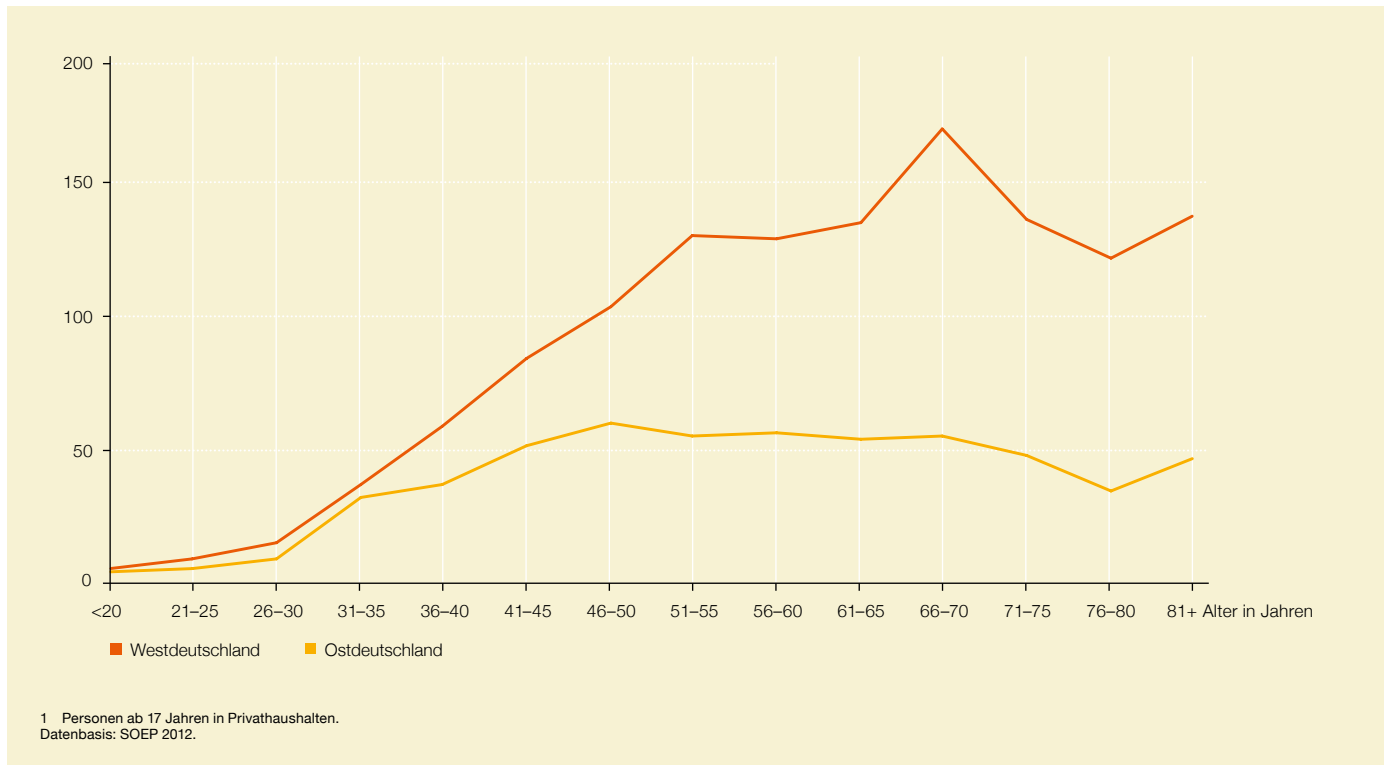
1 Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.

2 In 2002 nicht getrennt erhoben.

. Zahlwert unbekannt.

Datenbasis: SOEP 2012.

► **Abb 3 Durchschnittliches individuelles Nettovermögen¹ nach Altersgruppen und Region 2012 — in Tausend Euro**



die Möglichkeit des Sparens und des Aufbaus von Vermögen, gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit von Erbschaften oder Schenkungen. Im Ergebnis steigt das durchschnittliche Nettovermögen ab einem Alter von 26 Jahren deutlich. Das höchste durchschnittliche individuelle Nettovermögen besaß 2012 die Gruppe der 66- bis 70-Jährigen mit knapp 175 000 Euro. Hierbei kommt dem Aufbau von Nettovermögen in Form von Immobilien eine besondere Bedeutung zu, da diese vielfach bis zum Rentenalter voll entschuldet sind. Im höheren Lebensalter erfolgt typischerweise ein Vermögensverzehr. Ältere Kohorten weisen typischerweise niedrigere Nettovermögen auf, da bereits Teile des Vermögens an nachgelagerte Generationen in Form von Schenkungen übertragen werden.

Bei einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland wird erkennbar, dass bis zu einem Alter von 40 Jahren kei-

ne signifikanten Unterschiede im Nettovermögen bestanden. Das Lohnniveau in Ostdeutschland ist zwar weiterhin niedriger als im Westteil des Landes. Andererseits sind aber auch die Mietpreise in Ostdeutschland geringer, was letztlich zu vergleichbaren Sparmöglichkeiten junger Erwachsener in beiden Landesteilen führen dürfte. Ältere Kohorten in Ostdeutschland blieben jedoch mit einem durchschnittlichen Vermögen von etwas mehr als 50 000 Euro weit hinter dem Niveau in Westdeutschland zurück. Die große Differenz erklärt sich vorrangig aus den fehlenden Sparmöglichkeiten für die ehemaligen Bürger der DDR sowie durch die weiterhin bestehende höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch mittelfristig werden Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bleiben, da sich diese in Form von Erbschaften und Schenkungen auf die nächste Generation fortschreiben. ▶ [Abb 3](#)

6.4.4 Nettovermögen nach sozialer Position

Das Ausbildungsniveau und der ausgeübte Beruf haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe des Einkommens einer Person und damit auch auf ihre Sparmöglichkeiten. Somit lassen sich Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens zwischen Personen mit unterschiedlicher sozialer Position erwarten.

Generell gilt, dass mit steigender beruflicher Position auch das Nettovermögen steigt. So verfügten un- oder angelernte Arbeiter und Angestellte im Jahr 2012 über ein durchschnittliches Vermögen von rund 33 000 Euro, bei Facharbeitern waren es 45 000 Euro. Vorarbeiter, Meister und Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten besaßen im Mittel 83 000 Euro, während Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben ein durchschnittliches individuelles Nettovermögen von knapp 210 000 Euro erreichten.

▶ **Tab 3** Individuelles Nettovermögen¹ nach sozialer Stellung 2012

	Mittelwert	Median	Bevölkerungsstruktur
	in Euro	in Euro	in %
In Ausbildung, Praktikant	7 881	10	7,2
Un-, angelernte Arbeiter, Angestellte ohne Ausbildungsabschluss	32 527	2 000	10,6
Gelernte Facharbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit	45 076	9 858	10,6
Vorarbeiter, Meister, Poliere, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit	83 039	34 000	23,6
Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	209 096	114 595	0,7
Beamte einfacher, mittlerer Dienst	79 776	42 468	1,2
Beamte gehobener, höherer Dienst	113 810	80 100	2,4
Selbständige ohne Mitarbeiter	172 334	50 018	3,6
Selbständige mit 1–9 Mitarbeitern	329 044	145 124	1,8
Selbständige mit 10 oder mehr Mitarbeitern	952 264	504 860	0,3
Nicht erwerbstätig	61 901	5 578	5,8
Arbeitslos	17 797	0	5,0
Rentner, Pensionäre	112 163	49 900	27,2
Insgesamt	83 308	16 663	100,0

¹ Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.
Datenbasis: SOEP 2012.

Untergliedert nach Dienstgraden zeigt sich, dass Beamte im einfachen oder mittleren Dienst ein Nettovermögen von gut 80 000 Euro und damit etwa so viel aufwiesen wie Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit. Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes hingegen verfügten über ein Nettovermögen von mehr als 110 000 Euro.

Am höchsten fiel das Vermögen von Selbständigen aus. Zum einen sind Selbständige zumeist nicht gesetzlich rentenversichert und betreiben stärker private Altersvorsorge in Form von privaten Versicherungen oder Immobilien, zum anderen ist dies dem Betriebsvermögen selbst geschuldet. Bei Selbständigen ohne Mitarbeiter lag das Nettovermögen bei etwas mehr als 170 000 Euro; bei Selbständigen mit mehr als zehn Mitarbeitern bei knapp einer Million Euro.

Relativ wenig Vermögen besaßen Nichterwerbstätige und Arbeitslose so-

wie Auszubildende. Bei Letzteren ist dies gemäß der Lebenszyklustheorie dem geringen Lebensalter geschuldet. Bei Arbeitslosen dürfte vorhandenes Vermögen auch zur Glättung des Konsums herangezogen worden sein, um den Ausfall des Erwerbseinkommens zu kompensieren. Zudem gilt, dass bei Beziehern von Arbeitslosengeld II zunächst privates Vermögen aufgebraucht werden muss, bevor staatliche Transferleistungen bewilligt werden. Beides führt im Ergebnis dazu, dass Arbeitslose im Durchschnitt mit etwa 18 000 Euro über geringe Nettovermögen verfügen. ▶ Tab 3

6.4.5 Vermögensmobilität

Aus den oben genannten Querschnittsanalysen können keine Aussagen darüber gemacht werden, wie sich die Vermögen über die Zeit hinweg auf individueller Basis entwickelt haben. Die hier verwendeten Daten basieren auf einer Längs-

schnittstudie, das heißt, die beobachteten Personen wurden nicht nur einmalig befragt, sondern die Befragung wird jedes Jahr immer wieder bei denselben Personen durchgeführt. Damit ist es möglich individuelle Aufstiege oder Abstiege in der Vermögenshierarchie zu beschreiben.

Um den Einfluss der Inflation zu berücksichtigen, werden im Folgenden die Vermögen real – also bereinigt um die Inflationsentwicklung – dargestellt. Da es keinen allgemeinen vermögensspezifischen Preisindex gibt, wird der allgemeine Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes herangezogen, um das reale Wohlfahrtsniveau in Preisen des Jahres 2010 zu bestimmen. Dem liegt die Idee zu Grunde, dass privates Vermögen jederzeit liquidiert und damit potentiell in Konsum umgewandelt werden kann.

Betrachtet man die Entwicklung der Vermögen in den 2000er-Jahren, stellt sich die Frage, welchen Einfluss die

▶ Tab 4 Absolute Veränderungen des realen individuellen Nettovermögens¹ 2002/2007 und 2007/2012 — Bevölkerungsanteile in Prozent

	2002/07	2007/12
Verlust <–1000 Euro	41,7	40,0
<–250 000 Euro	2,4	1,7
–250 000 bis –50 000 Euro	11,3	9,1
–50 000 bis –10 000 Euro	15,6	15,5
–10 000 bis <–1 000 Euro	12,5	13,6
unverändert		
–1 000 bis 1 000 Euro	13,4	15,8
Zuwachs (>1000 Euro)	44,9	44,2
>1 000 bis 10 000 Euro	13,5	14,9
10 000 bis 50 000 Euro	17,6	17,5
50 000 bis 250 000 Euro	11,7	10,3
>250 000 Euro	2,0	1,6
Veränderung in der Gesamtbevölkerung		
Arithmetisches Mittel	–1 211	456
Median	5 349	3 376

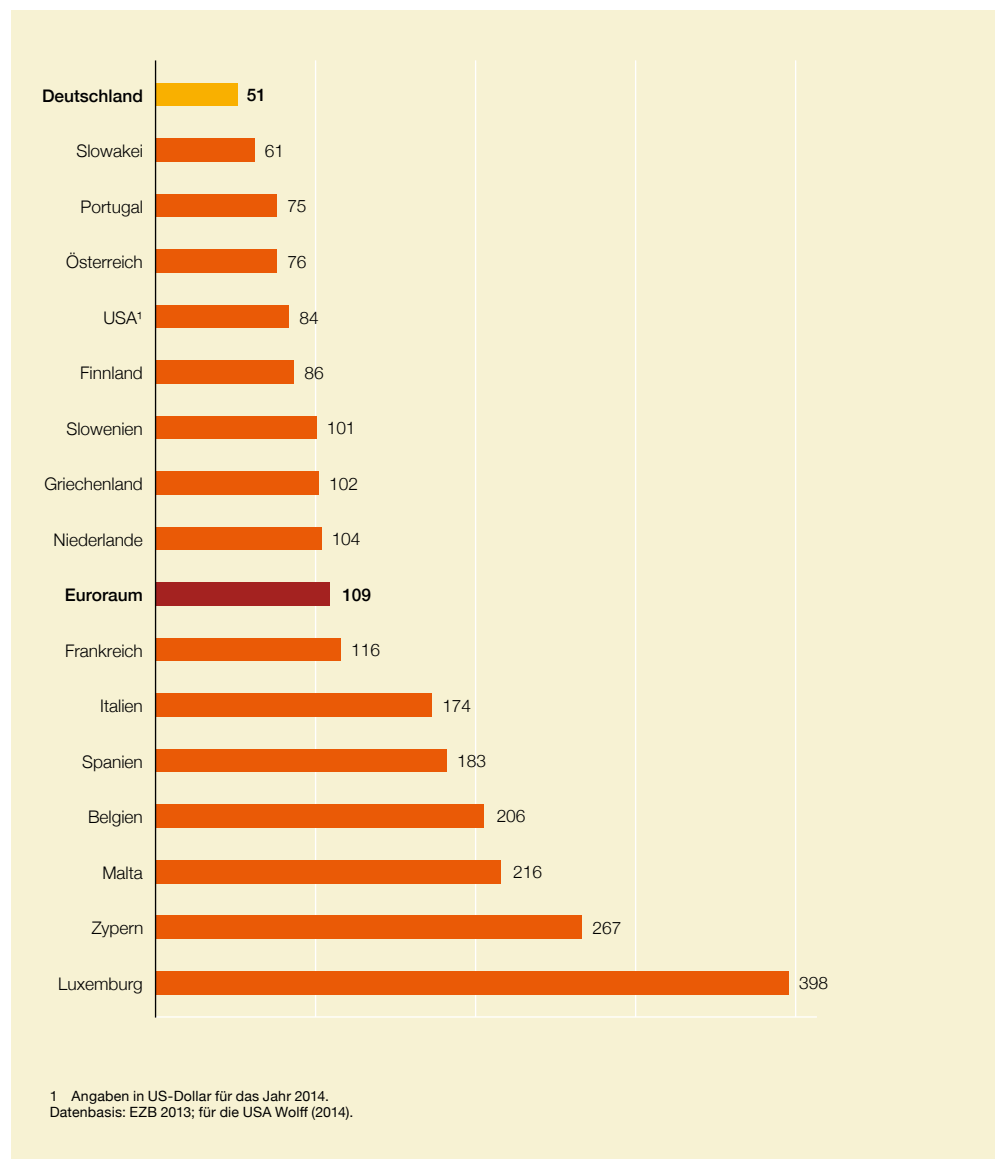
¹ Reale individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Preisen von 2010, 0,1 % Top-Coding. Längsschnitte der Jahre 2002/2007 und 2007/2012. Datenbasis: SOEP 2013.

globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeübt hat. Um deren Effekte abschätzen zu können, wird im Folgenden die Analyse in zwei Fünfjahreszeiträume unterteilt (2002 bis 2007 und 2007 bis 2012). Insgesamt zeigt sich, dass eine hohe Vermögensmobilität in der Bevölkerung besteht. Nur bei jeweils gut einem Achtel der Personen blieb das Nettovermögen in beiden Zeiträumen stabil, veränderte sich also um weniger als 1 000 Euro. Bei knapp einem Drittel der Personen nahm das Nettovermögen um real 1 000 bis 50 000 Euro zu. Vermögenszuwächse von real mehr als 50 000 Euro verzeichneten mehr als 10 %. Bei diesen spielten empfangene Erbschaften und Schenkungen eine zentrale Rolle für den Vermögensaufbau. Auf der anderen Seite erfuhren über 40 % aller Erwachsenen in Privathaushalten reale Vermögensverluste. Gemessen am Median bezifferten sich deren Verluste auf 21 000 Euro im Zeitraum 2002 bis 2007 und knapp 17 000 Euro im Zeitraum 2007 bis 2012. Die Vermögensverluste dürften hier aber überzeichnet sein, da der Wert von Hausrat oder Fahrzeugen nicht in die Analysen einfließt, andererseits aber Konsumentenkredite zur Anschaffung dieser Gegenstände im Nettovermögen berücksichtigt werden. Bei den Personen mit Vermögenszuwächsen machten die Gewinne bezogen auf den Median 20 000 Euro zwischen 2002 und 2007 beziehungsweise knapp 18 000 Euro zwischen 2007 und 2012 aus. Bis zum Jahr 2012 waren die Rückgänge und Einbrüche durch die Finanzmarktkrise vor allem beim Geldvermögen im Durchschnitt weitgehend aufgeholt. Im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Krise kam es insgesamt lediglich zu einer leichten Dämpfung der Vermögen. ▶ Tab 4

6.4.6 Internationaler Vergleich

Für einen Vergleich der Höhe des Nettovermögens innerhalb der Eurozone stellt die Europäische Zentralbank (EZB) seit kurzer Zeit harmonisierte Mikrodaten zur Verfügung. Mittels eines standardisierten Fragebogens werden alle relevanten Vermögenskomponenten erfasst,

▶ Abb 4 Median Haushalts-Nettovermögen 2013 – in Tausend Euro



um das Nettovermögen der Privathaushalte zu beschreiben. Zieht man wiederum den Median des Nettohaushaltsvermögens heran, also den Wert, der die reichsten 50 % der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, so lag dieser 2013 für die gesamte Eurozone (ohne Irland und ohne Estland) bei 109 000 Euro. Das höchste Median-Nettohaushaltsvermögen fand sich in Luxemburg mit knapp 400 000 Euro, gefolgt von Zypern

und Malta mit rund 270 000 Euro beziehungsweise 215 000 Euro. Aber auch die von der Finanzkrise schwer getroffenen Staaten Spanien und Italien wiesen ein überdurchschnittliches Nettovermögen auf. Hier ist aber zu beachten, dass die Befragung in Spanien direkt vor Eintreten der Finanzkrise durchgeführt wurde und daher gegenüber der aktuellen Situation vermutlich ein zu positives Bild zeichnet. Zu den weniger vermögenden

Staaten zählten die osteuropäischen Staaten Slowakei und Slowenien mit 60 000 Euro beziehungsweise 100 000 Euro, aber auch Österreich mit rund 75 000 Euro und Finnland mit etwa 85 000 Euro. Die US-amerikanischen Haushalte hielten ein Median Nettohaushaltsvermögen von 84 000 US-Dollar. Dieser geringe Wert erklärt sich hier vor allem durch die hohe Vermögensungleichheit. Mit Abstand das geringste Nettohaushaltsvermögen gemessen am Median entfiel auf Deutschland mit 51 000 Euro im Jahr 2011. Dieser geringe Wert ist auch das Ergebnis historischer Entwicklungen: Durch den Zweiten Weltkrieg wurden große Teile des privaten Vermögens in Deutschland zerstört, zudem hatten Personen in der DDR im Vergleich zu Westdeutschen kaum Möglichkeiten, Vermögen aufzubauen. Des Weiteren ist zu beachten, dass der Anteil der Eigentümer selbst genutzter Immobilien in Deutschland im internationalen Vergleich gering ausfällt. Nur die Schweiz hat innerhalb Europas einen geringeren Eigentümeranteil als Deutschland. Im Gegensatz dazu liegt der Eigentümeranteil in Zypern oder Malta bei drei Viertel. Der selbst genutzte Immobilienbesitz ist aber die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente und erklärt so auch, warum Deutschland ein nach inter-

nationalen Maßstäben geringes privates Vermögen – trotz relativ hoher Sparquote – aufweist. ▶ Abb 4

6.4.7 Ausblick

Dem privaten Vermögen kommt für die private Altersvorsorge eine wachsende Bedeutung zu, da mit den zu Beginn der 2000er-Jahre beschlossenen Reformen der Alterssicherung das Sicherungsniveau in der Gesetzlichen Rentenversicherung abgesenkt wurde und private Vorsorge zum Beispiel in Form von privaten Versicherungen wie Riesterrentenverträgen an Bedeutung gewinnt. Der durchschnittliche Vermögenswert von privaten Versicherungen (einschließlich Bausparverträgen) belief sich 2012 aber nur auf knapp 19 000 Euro. Ob damit die Lücken in der Absicherung der Gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen werden können, bleibt fraglich. Ungewiss ist auch, ob die zusätzliche private Altersvorsorge zu einem zusätzlichen Vermögensaufbau führt oder ob die privaten Haushalte bisherige Sparformen zugunsten der Riesterrenten umschichten. In letzterem Fall werden sich Lücken in der Altersversorgung kommender Rentnerkohorten in Deutschland auf tun und zu einem Anstieg der Altersarmut führen.